

Abschlussarbeit: Bachelor of Arts

Erstgutachter: Prof. Dr. Bernd Schlipphak
Zweitgutachter: Sebastian Schneider, Dipl.-Soz.-Wiss.

**Existiert für islamistische Parteien ein politischer
Vorteil? Eine empirische Analyse am Beispiel von
Tunesien.**

*Is there a political advantage for Islamist parties? An
empirical study of the Tunisian case.*

Tim Lewis Poppenborg



E-Mail: 

Matrikelnummer: 

2-Fach Bachelor of Arts
Politik/Geschichte
6. Fachsemester

Abgabedatum: 04.08.15

Plagiatserklärung des Studierenden

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass die nachstehende Arbeit selbstständig verfasst worden ist, dass keine anderen Quellen und Hilfsmittel als die angegebenen benutzt worden sind und dass die Stellen der Arbeit, die anderen Werken – auch elektronischen Medien – dem Wortlaut oder Sinn nach entnommen wurden, auf jeden Fall unter Angabe der Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht worden sind.

Name, Vorname: _____

Matrikelnummer: _____

Ort/ Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich erkläre mich mit einem Abgleich der Arbeit mit anderen Texten zwecks Auffindung von Übereinstimmungen sowie mit einer zu diesem Zweck vorzunehmenden Speicherung der Arbeit in einer Datenbank einverstanden.

Ort/ Datum: _____ Unterschrift: _____

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Tabellenverzeichnis	ii
1. Einleitung.....	1
2. Das Spektrum religiös-politischer Bewegungen im Islam.....	5
3. Der politische Vorteil als Heuristik	7
3.1. Annahmen und Erkenntnisse der Forschung zu politischen Heuristiken	7
3.2. Politische Heuristiken im Kontext religiös-orientierter Parteien.....	11
3.3 Annahmen der Forschungsansätze und der tunesische Islamismus.....	16
3.3.1. Ideologische Entwicklung und Ausrichtung.....	16
3.3.2. Soziale und elektorale Basis	19
3.3.3. Organisatorische Kapazitäten	21
3.4. Untersuchungsleitende Hypothesen.....	22
4. Daten, Konzeption und Methode der empirischen Analyse	23
4.1. Einführung in den Datensatz: Arab Barometer Survey Welle 3.....	23
4.2. Operationalisierung des Messmodells	24
4.3. Messmethode des Modells.....	28
5. Ergebnisse der empirischen Analyse	30
5.1. Deskriptive Statistiken und Überprüfung der Anwendungsvoraussetzungen	30
5.2. Test der Hypothesen	32
5.3. Überprüfung der Modellgüte	34
6. Diskussion und Ausblick	35
Literatur- und Quellenverzeichnis	39
Anhang.....	43

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Deskriptive Statistiken	30
Tabelle 2	Effekte der unabhängigen Variablen auf die Parteipräferenz	33

1. Einleitung

Als der sogenannte Arabische Frühling in den Jahren 2010 und 2011 zu einer politischen Öffnung einiger mehrheitlich muslimischer Länder führte, profitierten hiervon vor allem islamistische Parteien.¹ Damit schien sich zu bewahrheiten, was als „Islamist dilemma“ (Hamid 2011, 40) jahrelang die US-amerikanische Außenpolitik geprägt hatte. Demnach könnten die USA die Demokratisierung der arabischen Welt nicht fördern, ohne die Machtübernahme durch Islamisten zu riskieren. Aus denselben Gründen hatten nach dem Regimesturz einige säkulare Oppositionelle in Tunesien und Ägypten sogar einen Aufschub der Wahlen gefordert (Cammett/Luong 2014, 191). Westliche Medien wiederum fragten sich angesichts der islamistischen Wahlsiege, ob auf den Arabischen Frühling nicht zwangsläufig ein „Islamist winter“ folge (Washington Times 2011; Steinvorth 2012; Münch 2012).

Aus diesen einleitenden Bemerkungen geht die weitverbreitete Auffassung hervor, dass in mehrheitlich muslimischen Ländern politische Parteien, die sich auf den Islam berufen, einen Vorteil gegenüber anderen Parteien bei der Mobilisierung von Unterstützern hätten. Dieser politische Vorteil ist überwiegend negativ konnotiert, da seit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 die islamistische Ideologie vornehmlich mit Gewalt und einer Gefahr für den Westen assoziiert wird (Ayoob 2004, 1; Brown/Hamzawy/Ottaway 2006, 3). Anders als die konstituierenden Wahlen von 2011/2012 ließen die im Oktober 2014 abgehaltenen Parlamentswahlen in Tunesien Zweifel an dieser These aufkommen. Die säkulare Sammlungspartei Nidaa Tounes erhielt rund 38% der Stimmen und lag damit fast 10 Prozentpunkte vor der islamistischen Ennahda (ISIE 2014).

Allein mit Wahlergebnissen lässt sich also nicht ermitteln, ob für islamistische Parteien ein politischer Vorteil existiert. Dabei wäre ein Erkenntnisgewinn in dieser Frage sowohl für politische Entscheidungsträger als auch für die Politikwissenschaft von Bedeutung. Wie bereits dargelegt, haben sich die USA in ihrer Nordafrika- und Nahostpolitik maßgeblich am Argument des politischen Vorteils orientiert. Auch für die Staaten der Europäischen Union (EU), die mittels einer Revision der Europäischen

¹ Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung (2011) wurde Tunesiens islamistische Ennahda mit rund 37% der Stimmen stärkste Kraft (Bustos 2011, 5). Bei den ägyptischen Unterhauswahlen (2011/2012) gewannen die mit der Muslimbruderschaft assoziierten Parteien und die salafistisch-islamistische Al-Nour die absolute Mehrheit der Stimmen (kumuliert 63%) (ICG 2013a, 6). In Marokko wurde bei den vorgezogenen Parlamentswahlen (2011) die islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung mit rund 27% der Sitze stärkste Kraft (Economist 2011).

Nachbarschaftspolitik (ENP) versuchen, auf die neuen Realitäten in dieser Region zu reagieren, ist eine bessere Einschätzung der innenpolitischen Entwicklungen vor Ort von Nöten (Europäische Kommission 2015). Für die Politikwissenschaft wiederum bietet eine Untersuchung der These des politischen Vorteils die Möglichkeit, Erkenntnisse über das noch weitestgehend unerforschte Wahlverhalten muslimisch-arabischer Wähler zu gewinnen und womöglich neuartige Strategien zu entdecken, wie religiöse Parteien Unterstützung generieren.

Trotz oder gerade wegen der Relevanz des Themas wurde der politische Vorteil islamistischer Parteien vielfach angenommen, aber nur selten systematisch erforscht, geschweige denn empirisch bewiesen. Im Wesentlichen haben sich drei separate Argumentationsstränge herausgebildet. Manche Autoren nehmen an, die Ideologie des politischen Islam sei den übrigen säkularen Ideologien überlegen. Andere verweisen darauf, dass der Islamismus eine außergewöhnlich starke soziale Basis habe. Wiederum andere meinen, Islamisten seien besser organisiert als andere politische Bewegungen (Cammett/Luong 2014, 188, 193-99). Einig ist sich die Forschung nur in dem Punkt, dass es nicht die konkreten Politiken von Islamisten sein können, die ihnen einen politischen Vorteil ermöglichen (Guazzone 2013, 36).

Deshalb geht die vorliegende Arbeit der Frage nach, ob islamistische Parteien einen politischen Vorteil gegenüber konkurrierenden Parteien haben, das heißt, *ob Faktoren existieren, und falls ja welche, die die Präferenz eines Wählers, unabhängig von den konkreten Politiken einer Partei, dahingehend beeinflussen, dass dieser eine islamistische Partei gegenüber einer nicht-islamistischen Partei bevorzugt.*

Um diese Fragestellung untersuchen zu können, muss eine zentrale Annahme erfüllt sein: säkulare und islamistische Parteien müssen über formal gleiche Siegchancen verfügen. Das bedeutet, dass im untersuchten Land alle Parteien in fairen und freien Wahlen miteinander konkurrieren und nicht in der Äußerung von ideologischen Appellen eingeschränkt sein dürfen (Pepinsky/Liddle/Mujani 2012, 585). Unter den Ländern des Arabischen Frühlings erfüllt lediglich Tunesien diese Voraussetzung. Dass dort seit dem Regimesturz bereits mehrere Wahlen stattgefunden haben, begünstigt zudem die Diskussion der Untersuchungsergebnisse. Aus diesen Gründen wird die vorliegende Arbeit auf die Untersuchung des tunesischen Beispiels beschränkt bleiben.

Das Problem der Forschung bei der Untersuchung des vermeintlichen politischen Vorteils islamistischer Parteien ist in erster Linie ein Messproblem. Wie können relative Stärken der Islamisten in den Bereichen Ideologie, soziale Basis und organisatorische Kapazitäten erfasst werden? Selbst dort, wo aussagekräftige Indikatoren bestünden, fehlt das nötige Datenmaterial (Cammett/Luong 2014, 193f., 202). In zweiter Linie würde die bloße Existenz solcher Stärken noch nicht erklären, wie diese den Wahlscheid muslimischer Wähler zugunsten islamistischer Parteien beeinflussen könnten.

Aus diesen Gründen hat die jüngste Forschung einen alternativen Zugang gewählt, der eine empirisch-quantitative Analyse des politischen Vorteils ermöglicht. So wird argumentiert, dass islamistische Parteien ihren Wählern einen „information shortcut“ bereitstellen, der die von ihnen zu erwartende politische Handlungsweise (Pepinsky/Liddle/Mujani 2012) beziehungsweise ihre moralischen Qualitäten (Cammett/Luong 2014) signalisiert und so bei Wählern positive Evaluierungen triggert. Damit berufen sich beide Autorengruppen auf die Forschung zu politischen Heuristiken. Heuristiken – häufig auch als „Cues“ oder „information shortcuts“ bezeichnet – können definiert werden als „problem-solving strategies (often employed automatically or unconsciously) which serve to ‚keep the information processing demands of the task within bounds““ (Lau/Redlawsk 2001, 952). Sie sind Hilfestellungen, die Wählern ermöglichen sollen, mit geringem kognitivem Aufwand bestmögliche Entscheidungen zu treffen.

Mit einer Einführung in die grundlegenden Annahmen und Erkenntnisse der Forschung zu politischen Heuristiken beginnt der theoretische Teil dieser Arbeit (*Kapitel 3*). Daraufhin wird erörtert, inwiefern die religiöse Orientierung von Parteien ihnen Chancen eröffnet, Heuristiken zu erschaffen, die säkularen Parteien nicht zur Verfügung stehen. In dieser Möglichkeit wird das Potential für einen politischen Vorteil gesehen. Große Relevanz haben in diesem Zusammenhang die Arbeiten von Cammett und Luong (2014) und Pepinsky, Liddle und Mujani (2012). In diesen Untersuchungen werden allerdings einige weitreichende Annahmen getroffen, die für den tunesischen Islamismus überprüft werden müssen. In Bezug auf die ideologische Ausrichtung und Entwicklung der dominanten islamistischen Bewegung und Partei, Ennahda, kann hierzu auf umfangreiche und aktuelle Untersuchungen zurückgegriffen werden (Allani 2009; Cavatorta/Merone 2013, 2015). Was die soziale und elektorale

Basis der Ennahda angeht, ist die Literatur weniger ergiebig – zumindest im Vergleich zu Studien zur türkischen AKP (Gülalp 2001; Gümüşçü 2010, 2013; Gidengil/Karakoc 2014). Doch jüngst wurden Versuche unternommen, diese Lücke zu schließen (Pargeter 2009; Van Hamme/Gana/Ben Rebbah 2014; Merone 2015). Hinsichtlich der organisatorischen Kapazitäten der Ennahda sind die Ergebnisse qualitativer Interviews und Feldbeobachtungen von Wert (Van Hamme/Gana/Ben Rebbah 2014; Wolf 2014). Im Anschluss daran können die untersuchungsleitenden Hypothesen aufgestellt werden.

Im empirischen Teil der Arbeit wird zunächst das quantitative Modell entwickelt, mit dem die Hypothesen überprüft werden sollen (*Kapitel 4*). Als erstes wird als Datengrundlage des Modells die aktuellste Welle des Arab Barometers eingeführt. Daraufhin wird die Operationalisierung der Hypothesen diskutiert und dargelegt, welche Kontrollvariablen in das Messmodell einfließen. Zu guter Letzt wird als Methode zur Überprüfung statistischer Zusammenhänge die binär logistische Regressionsanalyse vorgestellt.

Hierauf folgend werden die Ergebnisse vorgelegt (*Kapitel 5*). Zunächst werden die wesentlichen deskriptiven Befunde für die im Modell eingeschlossenen Variablen vorgestellt und überprüft, ob das Modell die Anwendungsvoraussetzungen einer binär logistischen Regression erfüllt. Danach werden die Berechnungen des logistischen Regressionsmodells präsentiert und ermittelt, ob die aufgestellten Hypothesen beibehalten werden können oder verworfen werden müssen. Abschließend wird die Güte des Messmodells mittels gängiger statischer Verfahren beurteilt.

Darauf hin werden die Ergebnisse in Bezug auf die Fragestellung und die bisherigen Erkenntnisse der Forschung diskutiert. Zudem wird ein Ausblick gegeben, welche Anschlussfragen sich auftun und welche Bedeutung den Ergebnissen dieser Arbeit im Kontext der aktuellen innenpolitischen Entwicklung Tunesiens zukommt (*Kapitel 6*). Zunächst soll aber das Spektrum religiös-orientierter politischer Bewegungen im Islam aufgezeigt werden (*Kapitel 2*). Ein solcher Überblick ist wichtig, um den Bereich einzuschränken, für den die Untersuchungsergebnisse dieser Arbeit Gültigkeit beanspruchen.

2. Das Spektrum religiös-politischer Bewegungen im Islam

Bereits in der Einleitung wurde darauf hingewiesen, dass der Islamismus-Begriff vor allem mit radikalen politischen Bewegungen in Verbindung gebracht wird. Tatsächlich ist es schwierig, von *einem* Islamismus zu sprechen. Zwar teilen viele islamistische Bewegungen dieselben ideologischen Wurzeln, haben sich aber bedingt durch ihren lokalen oder nationalen Kontext unterschiedlich entwickelt (Ayoob 2004, 2; 2005, 953).

Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Arbeit eine weite Definition genutzt. „Islamismus“ beziehungsweise „politischer Islam“ wird verstanden als „a form of instrumentalization of Islam by individuals, groups and organizations that pursue political objectives. It provides political responses to today’s societal challenges by imagining a future, the foundations for which rest on reappropriated, reinvented concepts borrowed from the Islamic tradition“ (Denoeux 2002, 61).

Ursprünglich teilten alle islamistischen Bewegungen zwei Hauptziele: die Errichtung eines islamischen Staats und die Implementierung der Scharia. Allerdings haben die meisten islamistischen Bewegungen das Ziel des islamischen Staats inzwischen aufgegeben oder dahingehend interpretiert, dass kein neuer Staat geschaffen, sondern der gegebene Nationalstaat islamisiert werden solle. Auch die Forderung, die Scharia einführen zu wollen, lässt viele Interpretationen zu. Der Begriff bezeichnet weder einen spezifischen Gesetzeskorpus noch ein kohärentes Rechtssystem (Ayoob 2004, 2; Esposito/Mogahed 2007, 52f.; Brown/Hamzawy/Ottaway 2006, 7f.; Woltering 2002, 1133f.). Vor dem Hintergrund des profunden ideologischen Wandels vieler islamistischer Bewegungen wird seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend die von Asef Bayat und Olivier Roy propagierte These diskutiert, dass der politische Islam gescheitert sei (Roy 2012, 47-49; Cavatorta/Merone 2015, 28-30). Die Wahlsiege islamistischer Parteien im Zuge des Arabischen Frühlings heizten diese Debatte erneut an. Dass hierbei die immer größer werdende Heterogenität des Islamismus häufig verkannt wurde, liegt nicht zuletzt daran, dass Islamisten über nationale Grenzen hinweg ein ähnliches, religiös-inspiriertes Vokabular nutzen (Ayoob 2005, 953).

Als Orientierungshilfe hat sich die Unterscheidung von „gemäßigten“ und „radikalen“ Islamisten etabliert. „Radikale“ Islamisten seien gegen die Demokratie, würden terroristische Mittel für legitim befinden, das bestehende politische System umstürzen,

sowie die Gesellschaft „top-down“ transformieren wollen. „Gemäßigte“ Islamisten würden Gewalt ablehnen, einen stärker inkrementellen Ansatz bevorzugen, der auf einem Graswurzel-Aktivismus aufbaue, wann immer möglich an Wahlen partizipieren und an die Komptabilität von Islam und Demokratie glauben. Diese Unterscheidung ist idealtypisch und verdeutlicht die beiden Endpunkte des Spektrums islamistischer Bewegungen. In der Realität können sich Elemente beider Strömungen vermischen oder beide Flügel innerhalb einer Organisation existieren. Welche Bewegung „gemäßigt“ und welche „radikal“ ist, kann sich bei internen Machtkämpfen schnell verändern (Denoueux 2002, 71f., 74f.).

Das Begriffspaar ist darüber hinaus normativ aufgeladen. Was „radikal“ ist, bemisst sich stets an den von der Mehrheit der Gesellschaft akzeptierten Werten und Normen (Neumann 2013, 875-878). Analytisch präziser erscheint daher die von Volpi und Stein vorgeschlagene Unterscheidung von „statist Islamism“ und „non-statist Islamism“. „Statist Islamism“ bezieht sich nach ihrer Definition auf Islamisten, deren Partizipation in der nationalstaatlichen Politik verstetigt ist. Damit sind vor allem Parteien gemeint, die den Nationalstaat als legitimes Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele akzeptieren (2015, 281f.).

Das Gegenteilige gilt für den „non-statist Islamism“. Neben Islamisten, die den Nationalstaat ablehnen, gehören zu dieser Kategorie vor allem salafistische Gruppierungen. Die Salafiyya-Bewegung entstand im ausgehenden 19. Jahrhundert und appelliert an Muslime zu einem ursprünglichen, reinen und unverfälschten Islam zurückzukehren. Anhänger der Bewegung sind zumeist kritisch gegenüber den *Ulema*, den Religionsgelehrten, die über die vermeintlich korrekte Interpretation des Koran entscheiden. Sie beharren vielmehr auf dem Recht des Individuums, den Koran und die Sunna selbst zu interpretieren. Anders als Islamisten in der Tradition von Sayyid Qutb, propagieren sie nicht die Realisierung einer idealisierten Zukunft sondern die Wiederbelebung einer idealisierten Vergangenheit. Ihr Fokus liegt zudem stärker auf moralischen Fragen und dem individuellen Verhalten. Die bekannteste Spielart des Salafismus ist der saudi-arabische Wahhabismus. Zu guter Letzt gehören zu der Kategorie des „non-statist Islamism“ auch alle dschihadistischen Gruppierungen, die eine textimmanente Auslegung des Koran mit einer starken Betonung des Dschihad – verstanden als gewaltsamer Kampf gegen Ungläubige – kombinieren (Volpi/Stein 2015, 282-284; Denoueux 2002, 59f., 63-65, 69).

Dieser knappe Überblick über das Spektrum religiös-orientierter politischer Bewegungen im Islam hilft dabei den Bereich einzugrenzen, für den die Untersuchungsergebnisse dieser Arbeit Gültigkeit beanspruchen. Im Kontext des tunesischen politischen Systems wird der vermeintliche politische Vorteil von Parteien untersucht, die zwei Voraussetzungen erfüllen: Sie sind (1) islamistische Parteien, das heißt sie instrumentalisieren den Islam zu politischen Zwecken. Sie gehören (2) zur Kategorie des „statist Islamism“, das heißt sie partizipieren in der Politik des Nationalstaats und akzeptieren diesen als legitimes Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele.

3. Der politische Vorteil als Heuristik

Damit Menschen die Komplexität ihrer Umwelt bewältigen können, greifen sie ständig auf Heuristiken – auch „Cues“ oder „information shortcuts“ – zurück. Sie stellen Strategien dar, mithilfe derer die Klassifikation von Informationen vereinfacht wird. Denn ohne das in der Alltagssprache negativ konnotierte „Schubladendenken“ wäre der Mensch rasch kognitiv überlastet. Die Nutzung von Heuristiken erfolgt typischerweise unbewusst und geht zurück auf „well learned – perhaps even genetic – cognitive predispositions“ (Lau/Redlawsk 2006, 231). Politische Akteure können sich diesen Umstand zu Nutze machen, in dem sie potentiellen Wählern entsprechende Heuristiken anbieten und damit beeinflussen, wie Informationen klassifiziert werden. (Rahn 1993, 472f.; Lau/Redlawsk 2001, 952).

Doch wie häufig, unter welchen Umständen, auf welche politischen Heuristiken greifen Wähler zurück und wie beeinflusst dies ihren Wahlentscheid? Inwiefern könnte die religiöse Orientierung von Parteien einen „Cue“ induzieren, der diesen Parteien einen politischen Vorteil gegenüber säkularen Parteien ermöglicht? Diese für die Generierung der untersuchungsleitenden Hypothesen zentralen Fragen sollen in diesem Kapitel erörtert werden.

3.1. Annahmen und Erkenntnisse der Forschung zu politischen Heuristiken

Das Interesse der Politikwissenschaft an Heuristiken geht auf die Frage zurück, warum Bürger in Demokratien trotz ihres relativen Desinteresses an Politik, tendenziell ihren tatsächlichen Präferenzen entsprechend Kandidaten und Parteien wählen. Die gemeinsame Prämisse vieler verschiedener Ansätze bildet dabei die Annahme, dass der Mensch ein „cognitive miser“ (Lau/Sears 1986, 349) ist, der schon mit wenigen

Informationen über den Rückgriff auf Heuristiken rationale Entscheidungen treffen kann. Dieses von Autoren wie Samuel Popkin (1991) als „low information rationality“ in die politische Verhaltensforschung eingeführte Paradigma hat sich Lau und Redlawsk zufolge rasch zu einem Gemeinplatz entwickelt. Dass Wähler Heuristiken nutzen, sei in der Folge häufig angenommen, aber selten bewiesen worden. Ebenso wenig sei garantiert, dass Heuristiken stets zu besseren Wahlentscheidungen führen würden (2001, 952).

Die Heuristiken, die Wählern zur Verfügung stehen, sind zahlreich. Im weiteren Verlauf soll der Fokus bei Parteistereotypen und ideologischen „Cues“ liegen, die von besonderer Relevanz für die Fragestellung dieser Arbeit sind. Die beiden Heuristiken sind häufig nicht voneinander zu trennen und können verstanden werden als „those cognitive structures that contain citizens’ knowledge, beliefs, and expectations about [...] political parties“ (Rahn 1993, 474). Stereotype über Parteien und ideologische „Cues“ gelten als vielgenutzte Heuristiken, nicht zuletzt aufgrund ihrer großen kognitiven Ersparnis. Diese liegt darin begründet, dass von diesen Heuristiken ausgehend Wähler auf die Positionierung von Parteien und Kandidaten in Bezug auf zahlreiche politische Themen zurückschließen können. Fehlerhafte Annahmen auf Seiten des Wählers entstehen immer dann, wenn Parteien und Kandidaten eine Politik betreiben, die sich vom Stereotyp unterscheidet (Lau/Redlawsk 2001, 953; 2006, 232; Rahn 1993, 473f.). Dementsprechend ist die Entstehung und Effektivität von Stereotypen von einer gewissen Konstanz abhängig, was die Präsenz, Ausrichtung und Interaktion von politischen Parteien betrifft. Einerseits ist es fraglich, ob diese Voraussetzung für die junge tunesische Demokratie mit ihrem instabilen und fragmentierten Parteiensystem² erfüllt ist. Andererseits stellt die Unterscheidung von säkularen und islamistischen politischen Bewegungen eine jahrzehntealte Konfliktlinie dar, die auch heute noch eine dominante Rolle spielt (Rahn 1993, 473f.; Van Hamme/Gana/Ben Rebbah 2014, 752f.; Boukhars 2015, 4).

Dort wo ausgeprägte Parteistereotype zur Verfügung stehen, können sie robuste Kategorien darstellen, die obendrein stark beeinflussen, welche Strategien Wähler anwenden, um politische Kandidaten zu evaluieren. Das zeigt die Studie von Wendy

² In die Verfassungsgebende Versammlung zogen 19 Parteien und 8 unabhängige Kandidaten ein (Bustos 2011, 5). Angetreten waren über 100 Parteien, verteilt auf 63 Listen (Halimi 2011). Im aktuellen Parlament sitzen 12 Parteien und 6 unabhängige Kandidaten (ISIE 2014).

Rahn (1993). Sie konstruierte ein experimentelles Untersuchungsdesign, bei dem Befragte auf der Basis von Videoaufnahmen ihren Grad der Unterstützung für zwei fiktive politische Kandidaten angeben sollten (ebd., 477f.). Standen Parteistereotype zur Verfügung, verringerte sich der Effekt der inhaltlichen Übereinstimmung von Kandidat und Wähler auf den Grad der Unterstützung signifikant³. Gleichzeitig beeinflusste die Identifizierung des Kandidaten mit einer politischen Partei signifikant stärker die Evaluierung durch den Wähler (ebd., 486). Nahmen die fiktiven Kandidaten zudem politische Positionen ein, die der Linie ihrer Partei zuwider liefen, beeinflussten Parteistereotype die Befragten dahingehend, dass sie den Widerspruch von Parteizugehörigkeit und geäußerten politischen Positionen durchschnittlich weniger stark wahrnahmen (ebd., 489f.).

Aus methodischen Gründen⁴ lassen die Ergebnisse der Untersuchungen verschiedener Heuristiken durch Lau und Redlawsk (2001; 2006) noch genauere Erkenntnisse zu. Für die fiktiven Präsidentschaftswahlen ihres Experiments wiesen Lau und Redlawsk die Informationen zu den Kandidaten, die den Befragten periodisch zur Verfügung standen, einer von zwei Kategorien zu: Sie wurden entweder als zugehörig zu bestimmten Heuristiken oder als inhaltliche Informationen klassifiziert. Hierbei zeigte sich, dass die Befragten im Durchschnitt in 43% der Fälle Informationen abriefen, die zu Heuristiken gehörten. Unter allen Heuristiken stellten Parteistereotype und Ideologien diejenigen dar, zu denen durchschnittlich am meisten Informationen abgefragt wurden. Insgesamt war zudem die Tendenz erkennbar, dass die zunehmende Komplexität einer Entscheidungssituation einen positiven Effekt auf die Häufigkeit der Abfrage heuristischer Informationen hat (Lau/Redlawsk 2001, 955, 957-961; 2006, 234f.; 246).

In Bezug auf Heuristiken scheint allerdings die politische Bildung von Befragten ein zentraler Einflussfaktor zu sein. So fanden die Autoren für ihr Experiment heraus, dass die politische Bildung eines Befragten einen positiven Effekt auf die Nutzung von ideologischen „Cues“ hatte. Zudem scheinen es mehrheitlich politisch Gebildete zu sein, die Heuristiken in effektiver Art und Weise einsetzen konnten. Denn auf

³ Sofern nicht anders angegeben, meint „signifikant“ stets „statistisch signifikant“. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit fälschlicherweise die Nullhypothese zugunsten der Alternativhypothese zu verwerfen, unter einem zuvor festgelegten Wahrscheinlichkeitswert liegt.

⁴ Für ausführliche Informationen zu der auf dem „information board“ basierenden „dynamic processing tracing“ Methode siehe: Lau/Redlawsk 2001, 955f., 2006; 47-72.

Grundlage der in einem Pretest ermittelten politischen Präferenzen der Befragten konnte überprüft werden, ob diese sich für den Kandidaten entschieden hatten, der ihren Präferenzen am ehesten entsprach. Wurden Heuristiken genutzt, stieg die Wahrscheinlichkeit einer „richtigen“ Wahl für politisch Gebildete durchschnittlich an, für politisch Ungebildete hingegen nahm sie im Mittel ab. Von politischen Heuristiken, so die Autoren, würden demnach diejenigen profitieren, die aufgrund ihrer politischen Bildung ohnehin bessere Entscheidungen treffen könnten (Lau/Redlawsk 2001, 958, 963f.; 2006, 249-252). Wenigstens für die Stichprobe ihrer Untersuchung unterminieren die Ergebnisse von Lau und Redlawsk die grundlegende Annahme einer „low information rationality“.

Aus dieser Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse der Forschung zu politischen Heuristiken, ergeben sich einige Implikationen für das Beispiel Tunesien. Erstens können tunesische Wähler bedingt durch das stark fragmentierte Parteiensystem womöglich auf nur wenige und gering ausgeprägte Parteistereotype zurückgreifen. Das könnte die Bedeutung der ideologischen Konfliktlinie verstärken. Zweitens ist aus denselben Gründen die Entscheidungssituation für tunesische Wähler als komplex einzustufen, was insgesamt den Bedarf an Heuristiken unter Wählern zu vergrößern scheint. Drittens ist rund die Hälfte der tunesischen Wahlberechtigten politisch desinteressiert (Arab Barometer 2014b), was beim Rückgriff auf Heuristiken die Wahrscheinlichkeit von „falschen“ Wahlentscheidungen vergrößern könnte.

Trotzdem gibt es Grund zur Annahme, dass tunesische Wähler weder unfundiert entscheiden, noch ohne Orientierung auskommen müssen. Zum einen zeigen alle hier angeführten Untersuchungen, dass Wähler zusätzlich, wenn nicht sogar überwiegend, Informationen zu programmatischen Inhalten verarbeiten. Zum anderen beziehen sich die meisten Forschungsergebnisse zu politischen Heuristiken auf das US-amerikanische politische System und sind womöglich nicht ohne Weiteres auf Tunesien übertragbar. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Unterscheidung von säkularen und islamistischen Parteien tunesischen Wählern einen effektiveren „information shortcut“ zur Verfügung stellt, als die Unterscheidung von konservativen und liberalen Parteien für US-Wähler. Denn anders als bei säkularen Ideologien, assoziieren Wähler mit islamistischen Parteien und ihren Kandidaten womöglich nicht allein politische Ideen, sondern auch Ideale, Werte und Normen des Islam.

Untersuchungen zu politischen Heuristiken, die auf religiösen Botschaften beruhen, nehmen in der Forschung allerdings keine prominente Stellung ein.

3.2. Politische Heuristiken im Kontext religiös-orientierter Parteien

Erst seit wenigen Jahren beschäftigen sich Untersuchungen zunehmend mit der Frage, welche Effekte die Religiosität von politischen Kandidaten und Parteien auf die Evaluierungen von potentiellen Wählern hat. Allerdings blieb dieser Zuwachs an Literatur bisher auf die USA beschränkt (McLaughlin/Wise 2014, 368). Dementsprechend sind die Resultate selten von Relevanz für den arabisch-muslimischen, geschweige denn tunesischen Kontext. Die Arbeiten von Calfano und Djupe (2009), sowie von McLaughlin und Wise (2014) sind dennoch von Wert für diese Untersuchung. Ihre Erkenntnisse deuten darauf hin, dass religiös-politische „Cues“ selektiv wirken können, also nur in einzelnen Segmenten der Bevölkerung bestimmte Evaluierungen triggern.

So beschäftigen sich Calfano und Djupe (2009) in ihrer experimentellen Studie mit dem sogenannten „Code“ der republikanischen Partei in den USA. Der „Code“ beschreibe eine Strategie, bei der politische Kandidaten in Reden und öffentlichen Dokumenten bestimmte Phrasen platzieren, die allein für weiße Evangelikale eine Bedeutung hätten und von anderen Wählergruppen ignoriert würden. Dafür müssen laut Calfano und Djupe zwei Voraussetzungen erfüllt sein: Erstens müssen die Adressaten die religiöse Sprache decodieren können, das heißt zum Beispiel Bibelzitate und -gleichnisse als solche identifizieren und ihre Bedeutung kennen. Zweitens muss den Adressaten die historische Unterstützung der Republikaner durch weiße Evangelikale bekannt sein. Das Experiment von Calfano und Djupe demonstriert, dass der Code durchaus seine Wirkung erfüllt. Weiße Evangelikale identifizierten einen fiktiven Kandidaten nicht nur durchschnittlich häufiger als Republikaner, sondern unterstützten ihn auch durchschnittlich stärker als Befragte anderer Konfessionen (Calfano/Djupe 2009, 329-331, 333-337).

Der „Code“ der Republikaner ist damit ein Beispiel für die Art und Weise, wie religiös-politische „Cues“ einen politischen Vorteil für eine Partei generieren können. Wie bereits dargelegt, nutzen Islamisten ebenfalls ein bestimmtes religiös-inspiriertes Vokabular. Es wäre denkbar, dass Islamisten in bestimmten Teilen der Bevölkerung, etwa bei besonders religiösen Wählern, auf dieselbe Weise vorteilhafte Beurteilungen

triggern können. Doch wären sie auch in der Lage, ihre Botschaften vor weniger religiösen Wählern zu verstecken? In Tunesien, wo das Ancien Régime seinen Medienapparat über Jahre hinweg darauf ausgerichtet hatte, den Islamismus sowie eine besonders eifrige religiöse Betätigung mit Terrorismus gleichzusetzen, könnten starke religiöse Bezüge Wähler abschrecken (Boukhars 2015, 11; Wolf 2013, 562).

Auf negative Effekte dieser Art deuten auch die Erkenntnisse von McLaughlin und Wise (2014) hin. Für ihren Versuch wurden Befragte mit den Botschaften fiktiver Kandidaten für den US-amerikanischen Kongress konfrontiert. Diese enthielten wahlweise keine oder eine von zwei möglichen Varianten eines religiös-politischen „Cues“. Sogenannte „Overt cues“ beinhalteten offene Bezüge auf Gott und das Christentum, während „subtle cues“ lediglich eine spirituell aufgeladene Sprache nutzten, ohne sich konkret auf Gott oder das Christentum zu beziehen. Hierbei zeigte sich, dass unter den Befragten offensichtliche „Cues“ signifikante, negative Effekte auf die Beliebtheit und Wahlwahrscheinlichkeit der fiktiven Kandidaten ausübten. Für beide Arten von religiösen „Cues“ wurde zudem getestet, ob sie mit der Religiosität der Befragten interagieren. Das Vorhandensein sowohl von subtilen als auch offensichtlichen „Cues“ bei hohen Graden an Religiosität hatte hierbei einen signifikanten positiven Effekt auf die Beliebtheit und Wahlwahrscheinlichkeit der fiktiven Kandidaten (McLaughlin/Wise 2014, 369-381).

Augenscheinlich lassen sich diese Erkenntnisse nicht ohne Weiteres auf das tunesische politische System übertragen. Gleichsam gibt es Indizien, die dafürsprechen, dass auch politische Akteure in Tunesien um die Vorteile von subtilen religiösen „Cues“ wissen. Selbst die säkularen Diktatoren Habib Bourguiba und Zine el-Abidine Ben Ali griffen vereinzelt auf religiös-inspirierte Botschaften zurück und zwar immer dann, wenn es darum ging ihre Herrschaft zu stabilisieren (Pargeter 2009, 1038; Wolf 2013, 562). Umgekehrt hatten die Vorläuferorganisationen der islamistischen Ennahda über Jahre hinweg Schwierigkeiten die breite Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Erst als Ennahda in den 1990er und 2000er Jahren ihren ideologischen Kurs mäßigte – und mit diesem das religiös-inspirierte Vokabular – konnte sie ihre soziale Basis erweitern (Cavatorta/Merone 2013, 865-867). Sofern religiös-politische „Cues“ nicht Teile des Elektorats entfremden, erscheint es also realistisch, mit ihrer Hilfe einen politischen Vorteil zu generieren. Worüber aber könnte eine solche Heuristik tunesische Wähler

informieren? Über Werte, die Islamisten hochhalten, Charaktereigenschaften, die sie behaupten zu besitzen, oder sogar politische Positionen, die sie vertreten?

Pepinsky, Liddle und Mujani (2012) argumentieren, dass ein islamistisches Parteilabel als Heuristik fungieren könnte, die über die zu erwartende politische Handlungsweise informiert. Daraus resultiere zunächst einmal kein politischer Vorteil. Dieser materialisiere sich erst, wenn Ungewissheit über die tatsächlichen Politiken von Parteien, ihren Auswirkungen und ihrer Implementierung vorherrsche (ebd., 584-586). Diese These prüften die Autoren am Beispiel der Wirtschaftspolitik in Indonesien, der größten mehrheitlich muslimischen Demokratie, in der islamistische Parteien und nicht-islamistische Parteien in fairen und freien Wahlen konkurrieren (2012, 586, 589). Die grundlegende ideologische Konfliktlinie in Indonesien besteht dabei zwischen islamistischen Parteien und Parteien, die sich auf die synkretistische „Pancasila“-Ideologie des ersten indonesischen Präsidenten Sukarno beziehen (ebd., 589-591). Um ihre Hypothese zu testen, konfrontierten die Autoren eine Zufallsstichprobe von muslimischen Indonesiern mit einer Frage, die über die Teilnehmer hinweg in mehreren Punkten variierte: „If there were a candidate for president from a *Pancasila-based party/Islamic party wishing to implement Islamic law*, and you *believed that/were unsure if that party’s economic policies would/would not* develop our economy and increase the welfare of the people, would you vote for him or her?“ (ebd., 592)⁵. Im Ergebnis zeigte sich, dass nur unter der Bedingung von Unsicherheit über die Wirtschaftspolitiken der Parteien diejenigen Fälle, die zu islamistischen Parteien befragt wurden, durchschnittlich häufiger ihre Unterstützung für den hypothetischen Kandidaten signalisierten (23%), als diejenigen Fälle, die zu Pancasila-basierten Parteien befragt wurden (14,3%). Ein Zweistichproben-t-Test bestätigte die Signifikanz der Mittelwerte. Auch über verschiedene demographische, ökonomische und religiöse Subgruppen hinweg blieben die Differenzen substantiell und statistisch signifikant (ebd. 594-596).

Was Pepinsky, Liddle und Mujani (2012) allerdings nicht erklären können, ist die Funktionsweise des von ihnen beobachteten politischen Vorteils. Ihre Annahme, dass eine islamistische Ideologie als „information shortcut“ für zukünftiges Verhalten fungiert, wird über die Signale „develop our economy“ und „increase the welfare“

⁵ Kursivschreibungen im Original.

(ebd., 594) zwar implizit in die Fragestellung integriert, das kann schlussendlich aber nicht ausschließen, dass die Befragten ihre vorteilhaften Evaluierungen auf anderen Aspekten basierten.

Da das Untersuchungsdesign ausschließlich die Wirkung eines ideologischen „Cues“ zu messen versucht, werden möglicherweise auch nicht alle Quellen des politischen Vorteils erfasst. Dieser, so Cammett und Luong (2014), speise sich nämlich nicht allein aus der islamistischen Ideologie, sondern auch aus der Wahrnehmung über die karitativen Aktivitäten von Islamisten, sowie ihre organisatorischen Kapazitäten. Erst das Zusammenwirken dieser Aspekte erzeuge die primäre Ursache für den politischen Vorteil, „a reputation for good governance“, das heißt „a reputation for being uniquely competent, trustworthy, and pure vis-à-vis the alternatives“ (ebd., 188f.). Für sich genommen würden die drei Hauptmotive – Ideologie, Erzeugung von Wohlfahrt und organisatorische Kapazitäten – keine überzeugende Erklärung für die Erfolge von Islamisten liefern.

Tatsächlich übt der Islamismus in arabisch-muslimischen Ländern seit Jahrzehnten eine Hegemonie gegenüber anderen Ideologien aus. Nicht zuletzt gilt das Scheitern alternativer, säkularer Ideologien als Entstehungskontext des Islamismus in den 1970er Jahren (Allani 2009, 259). Darüber hinaus bietet die Verankerung der Ideologie in religiösen Konzepten eine einzigartige Legitimationsgrundlage. Hierauf aufbauend sind Islamisten womöglich besonders effektiv im Erzeugen von Gruppenidentitäten und im „Framing“ von sozialen Problemen, das heißt der Einbettung dieser Probleme in ihren subjektiven Deutungsrahmen. Doch während die islamistische Ideologie das Potential bietet Massenzustimmung zu generieren, haben Umfragen wiederholt gezeigt, dass nur eine Minderheit muslimischer Araber die zentralen Ziele und Werte des Islamismus internalisiert hat (Cammett/Luong 2014, 198f.). So sind rund 70% der Tunesier der Meinung, dass religiöse Praktiken nicht Gegenstand des öffentlichen und politischen Lebens sein sollten. Rund 76% der Bevölkerung halten eine pluralistische, parlamentarische Demokratie für Tunesien geeignet, während nur rund 21% dasselbe über ein politisches System aussagen, das sich allein an der Scharia orientiert und ohne politische Parteien und Wahlen auskommt (Arab Barometer 2014b).

Quantitativ kaum zu erfassen, ist laut Cammett und Luong das gängige Argument, dass Islamisten über das Erzeugen von Wohlfahrt Unterstützung generieren (vgl.

Woltering 2002, 1034; Sadowski 2006, 226). Das liege vor allem daran, dass Forscher häufig gar nicht ermitteln könnten, ob eine Einrichtung Verbindungen zu Islamisten unterhält. Entscheidend sei ohnehin nur, ob Einheimische glauben, dass Islamisten quantitativ und qualitativ mehr Wohlfahrt erzeugen als andere Akteure. Eine Untersuchung von Tarek Masoud zeige, dass in Ägypten karitative Einrichtungen, die Namen tragen, die typischerweise mit Islamisten assoziiert werden, tatsächlich im Durchschnitt besser beurteilt werden. Das liege nicht zuletzt daran, dass Islamisten in glaubwürdiger Art und Weise auf die religiösen Konzepte *Zakat* und *Sadaqa*, das verpflichtende beziehungsweise freiwillige Geben von Almosen, rekurrieren könnten (Cammett/Luong 2014, 194f.).

Weitestgehend unumstritten ist die Überlegenheit der organisatorischen Kapazitäten von islamistischen Bewegungen. Das Alleinstellungsmerkmal bildet ihre Infrastruktur, die primär auf Moscheen, aber auch karitativen Einrichtungen und Koranschulen basiert. Mit diesen Einrichtungen ist zudem loyales Personal verbunden und die Profiteure der angebotenen Leistungen stellen nicht selten lokale Unterstützernetzwerke her. Da die Führungsriege islamistischer Organisationen sich häufig aus Absolventen zusammensetzen, verfügen sie zudem über technische Fähigkeiten und Management Know-how. Hinzu tritt die Finanzierung aus dem Ausland, allen voran aus den Golfstaaten. Doch eine Ideologie effektiv verbreiten zu können, sagt zunächst einmal nichts darüber aus, ob ihre zentralen Ideen, Werte und Ziele von den Adressaten auch internalisiert werden (Cammett/Luong 2014, 194-197).

Aus diesen Gründen müssen Cammett und Luong zufolge alle Aspekte aufeinandertreffen, um einen politischen Vorteil zu generieren. Eine konkurrenzlose Ideologie, die islamische Werte, wie Ehrlichkeit, Integrität und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt rückt. Organisatorische Kapazitäten, die eine effektive Verbreitung dieser Botschaften ermöglichen. Karitative Einrichtungen, die in den sozio-ökonomisch schwachen Schichten der Bevölkerung, den Botschaften von Islamisten Glaubwürdigkeit verleihen. Zusammen würden sie einen Ruf für „good governance“ erzeugen, der Wählern einen „informational shortcut about the type of moral character that candidates and parties are likely to embody if elected“ (Cammett/Luong 2014, 201) bereitstelle. Ein Ruf sei allerdings wenig stabil, sodass der politische Vorteil von Islamisten in hohem Maße davon abhängt, ob sie ihre Versprechen auch erfüllen können, wenn sie Regierungsverantwortung übernehmen (ebd., 199-202).

Die Stärke des Ansatzes von Cammett und Luong liegt darin begründet, dass sie den Fokus der Analyse auf die Wahrnehmungen der Bevölkerung verschieben, die letztlich entscheidend für die Evaluierungen von islamistischen (Partei-)Organisationen sind. Denn während die Wahrnehmungen der Wähler über die moralischen Qualitäten von politischen Kandidaten sich messen lassen, wären die *Einflüsse* der ideologischen, sozialen und organisatorischen Stärken auf den Wahlentscheid nur schwerlich zu ermitteln. Die *Existenz* eben dieser Faktoren stellt aber dennoch eine wichtige Annahme für die Thesen der letztgenannten Autorengruppen dar. Deshalb muss der Versuch unternommen werden, wenigstens sicherzustellen, dass Tunesiens dominante islamistische Partei und Bewegung, Ennahda, keine Ausnahme von der Regel darstellt.

3.3 Annahmen der Forschungsansätze und der tunesische Islamismus

In diesem Unterkapitel soll daher zunächst erörtert werden, wie sich die Ideologie der Ennahda im Verhältnis zu den übrigen politischen Kräften im Land entwickelt hat und welche Botschaften sie an potentielle Wähler aussendet. Als nächstes soll die soziale und elektorale Basis der Ennahda ins Auge gefasst werden. Gibt es Segmente in der Bevölkerung, die tendenziell stärker Islamisten unterstützen als andere? Zu guter Letzt wird ein Blick auf die organisatorischen Kapazitäten und die lokale Durchdringung der Ennahda geworfen.

3.3.1. Ideologische Entwicklung und Ausrichtung

Mit dem Aufkommen des Islamismus in Tunesien gegen Ende der 1970er Jahre etablierten sich drei Gruppierungen: die weniger stark politisierte *Tabligh* Bewegung, die neofundamentalistische *Hizb ut-Tharir* und die *Jamaa Islamiyya*. Aus Letzterer ging wenig später die *Harakat Al-Ittyjah Al-Islami* hervor, die sich 1989 in Ennahda umbenannte. Heutzutage organisieren sich rund 90% aller tunesischen Islamisten über diese Organisation, die zugleich die einzige darstellt, die in demokratischen Wahlen partizipiert und dem „statist Islamism“ zugerechnet werden kann (Allani 2009, 257-260; Redissi 2014, 382).

Ihr Verhältnis zu den autokratischen Regimen Tunesiens oszillierte stets zwischen Phasen der Konfrontation und Phasen der Annäherung. Bis in die frühen 1990er Jahre verfolgten Ennahda und ihre Vorläufer dabei eine Politik, die sich gegen die säkulare und pro-westliche Modernisierungspolitik der Regime stellte. Besonders prägend waren die Erfahrungen unter Diktator Ben Ali. Nach dessen gewaltlosen Putsch gelang es der verbotenen Ennahda, dass Parteimitglieder als unabhängige Kandidaten an den

semikompetitiven Wahlen von 1989 teilnehmen konnten. Ob ihr Abschneiden als Erfolg oder Scheitern zu werten ist, bleibt bis heute umstritten. In jedem Fall nahm Ennahda im Zuge der Wahlen dermaßen radikale politische Positionen ein, dass ihr das Regime in den frühen 1990er Jahren die bislang schwersten Repressionen auferlegte. Erst 1996 und im europäischen Exil gelang es dem heutigen Parteiführer Rachid Ghannouchi, Ennahda einen moderaten Kurs zu verordnen (Allani 2009, 260-265; Wolf 2013, 563f.; Guazzone 2013, 42f.; Cavatorta/Merone 2013, 868-870).

Anders als in Jordanien, Marokko, Ägypten oder im Jemen lässt sich der ideologische Wandel der Ennahda also weder über die sogenannte „Inclusion-Moderation“-Hypothese (Robinson 1997; Schwedler 2006), noch über Modelle des politischen Lernens (Bermeo 1992; Wickham 2004) erklären. Beide Ansätze würden voraussetzen, dass sich die tunesischen Regime graduell den Islamisten geöffnet hätten, die ihrerseits die Liberalisierung mit einer Abschwächung ihrer politischen und ideologischen Positionen beantwortet hätten. Cavatorta und Merone zufolge war der Kurswechsel in den 1990er Jahren vielmehr einer doppelten Exklusion geschuldet. Auf der einen Seite stand die harte staatliche Repression, auf der anderen Seite die Ablehnung durch eine Mehrheit der tunesischen Gesellschaft, deren religiöse Landschaft durch die reformorientierten und toleranten Zitouna-Gelehrten geprägt ist (2013, 865; 2015, 33-36, 40).

Aus diesen Gründen mäßigte Ennahda ihren Kurs in vier Bereichen. Erstens gab sie ihre strenge Auslegung des Prinzips der *Tawhid* („Einheit“) auf, was die Akzeptanz des Nationalstaats als legitime politische Ordnung ermöglichte. Nach außen kommuniziert Ennahda die Haltung, dass sie sich den demokratischen Prozessen und Werten des post-autokratischen Tunesiens verpflichtet fühlt und der Religion allein eine identitätsstiftende Funktion zuspricht. Zweitens hat Ennahda den *Code du Statut Personnel* akzeptiert, der zentrale Frauenrechte enthält. Drittens gab Ennahda ihre anti-kapitalistische, anti-westliche Haltung zugunsten einer wirtschaftsliberalen Politik auf. Davon erhofft sie sich womöglich, den Erfolg der türkischen AKP wiederholen zu können. Viertens ist Ennahda in ihrem Anti-Amerikanismus nicht mehr radikaler als die Mehrheit der tunesischen Gesellschaft und hat zuletzt einer härteren Gangart gegenüber dschihadistischen Salafisten zugestimmt (Cavatorta/Merone 2013, 860-862; Guazzone 2013, 38f., 44f.; Roy 2012, 51f.; Boukhars 2015, 13)

Den Versuch aus einer islamistischen Partei eine konservative Partei mit religiösen Bezügen zu machen, treibt vor allem Parteiführer Rachid Ghannouchi voran. Unter dessen Führung hat Ennahda bislang auch alle ihre Versprechen eingelöst: Sie ging 2011 eine Koalitionsregierung ein, akzeptierte, dass die neue tunesische Verfassung auf jeglichen Bezug zur Scharia verzichtet und stellte 2014 keinen Präsidentschaftskandidaten (Boukhars 2015, 14). Doch längst nicht alle Ennahda-Mitglieder teilen Ghannouchis Kurs. Die Scharia-Debatte quittierten einige Mitglieder mit Parteiaustritten. Seitdem hat der dogmatische Parteiflügel stark an Zulauf gewonnen. Angeführt wird dieser Flügel durch die hochrangigen Ennahda-Mitglieder Elouze und Chorou, die mit ihren Positionen den Salafisten deutlich näherstehen als dem pragmatischen Flügel um Ghannouchi (Wolf 2013, 566f.; Boukhars 2015, 10; Guazzone 2013, 45).

Dieser Umstand wurde von säkularen Parteien genutzt, um Ennahda eine doppelzüngige Rhetorik vorzuwerfen. Als 2011, abgesehen von Ennahdas Koalitionspartnern, dem Kongress der Republik (CPR) und Ettakatol, alle säkularen Parteien in die Opposition gingen, schien ihr Anti-Islamismus tatsächlich das einzige Bindeglied darzustellen. Kooption und Repression hatten unter Ben Ali zu einer starken Fragmentierung des säkularen Lagers geführt. Das erklärt womöglich, warum keine Koalitionen und damit auch keine starke Opposition zustande kam. Die säkularen Parteien setzten stattdessen weiterhin auf charismatische Anführer und verpassten es, klare Strategien für Tunesiens Zukunft zu entwickeln. Erst dem jetzigen Präsidenten Essebsi gelang es mit der Gründung von Nidaa Tounes einen Großteil der säkularen Opposition hinter sich zu versammeln. Der spätere Wahlerfolg von Nidaa Tounes basierte Experten zufolge allerdings weniger auf eigenen Ideen, als auf Ennahdas Scheitern in Bezug auf die Verbesserung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Lage des Landes (Boukhars 2015, 9-12; Wolf 2014, 2-4, 15-17).

Die komplexe innenpolitische Situation seit dem Regimesturz macht es schwierig grundlegende Trends auszumachen. Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass Ennahda sich nach wie vor als „moral watchdog“ (Boukhars 2015, 6) positioniert. Der Bezug auf religiös verankerte, konservative Werte, stellt den gemeinsamen Nenner für beide Parteiflügel dar, auch wenn sie darüber streiten, wie weit die Islamisierung der Gesellschaft vorangetrieben werden sollte. Es ist daher am wahrscheinlichsten, dass die heutige Ideologie Ennahdas am ehesten die moralischen Qualitäten ihrer

Kandidaten signalisiert. Der jahrelange Kampf gegen das autokratische Ben Ali Regime verleiht dabei zusätzliche Glaubwürdigkeit. Über politische Ziele und zukünftiges Verhalten scheint Ennahdas ideologische Ausrichtung nur wenig auszusagen, denn grundlegende Ziele des Islamismus, etwa die Einführung der Scharia, wurden aufgegeben. Problematisch könnte das Erstarren des dogmatischen Parteiflügels sein, dessen fundamentalistische Positionen wenig religiöse Tunesier abschrecken könnten. Trotz allem scheint Ennahda den übrigen Parteien auf ideologischer Ebene überlegen zu sein. Sollte Essebsis Versuch fehlschlagen, aus dem Vermächtnis seines Mentors Bouguiba eine attraktive Ideologie zu schmieden, hätten säkulare Parteien auf diesem Feld auch weiterhin wenig zu bieten (ebd., 4f.).

3.3.2. Soziale und elektorale Basis

Ennahda hat stets in zwei sozio-geographischen Räumen Unterstützer mobilisieren können: im südlichen Binnenland und in den *hay al-shabi*, den Vororten in der Peripherie von Tunis. Die Ursachen für dieses Phänomen gehen womöglich auf die Anfänge des unabhängigen Tunesiens zurück. Denn das südliche Binnenland war eng verknüpft mit dem nationalen Projekt des Ben Youssef, der mit Bourguibas Neo-Destur Partei konkurrierte. Nachdem sich Bourguiba durchgesetzt hatte, wurde das südliche Binnenland über Jahrzehnte hinweg ökonomisch, vor allem aber politisch marginalisiert. Aus diesen Gründen habe die dortige Bevölkerung den nationalen Modernisierungstrends weder folgen können noch wollen, an traditionellen und religiösen Werten festgehalten und – wann immer möglich – Widerstand gegen die Zentralgewalt geleistet. Der anti-modernistische, anti-westliche Diskurs der Islamisten habe dort großen Anklang gefunden. Noch verstärkt worden sei dieser Trend durch die studienbedingte Migration Jugendlicher in die Großstädte, allen voran Tunis. Die Konfrontation mit einer säkularen, westlichen Umwelt und das Abbrechen traditioneller sozialer Beziehungen habe womöglich eine Identitätskrise innerhalb dieser emigrierenden Gruppe ausgelöst, an die der Islamismus habe anknüpfen können (Pargeter 2009; Merone 2015, 74, 78; Boukhars 2015, 8f.).

Merone ist deshalb der Meinung, dass mit dem Regimesturz ein über Jahrzehnte hinweg eingefrorener Konflikt zweier Mittelschichten überwunden worden sei. Der materiell nur teilweise schlechter gestellten konservativen Mittelschicht, repräsentiert durch intellektuelle Islamisten wie Rachid Ghannouchi, sei es primär um die Integration in das politische System gegangen. Damit seien die eigentlichen Träger der

Revolution, sozial und ökonomisch marginalisierte Jugendliche, abwertend auch *mouhamishin* genannt, auf der Strecke geblieben (Merone 2015, 79f., 82f.; Cavatorta/Merone 2013, 862).

Die Erkenntnisse zu den Wahlen in 2011 und 2014 unterstützen diese Annahmen tendenziell. Van Hamme, Gana und Ben Rebbah zufolge wurde Ennahda 2011 auf Ebene der 264 Delegationen, der nächstkleineren Verwaltungseinheit unter den Gouvernements, nahezu überall stärkste Kraft. Besonders hohe Stimmanteile gewann sie in den urbanen Zentren der Küstenregionen und im Süden des Landes. Die Ergebnisse korrelierten dabei nur geringfügig positiv mit einem sozioökonomischen Index, der Kriterien wie Arbeitslosenquote, Infrastruktur und Bildung berücksichtigt. Innerhalb der Metropolregion Tunis erhielt Ennahda 2011 noch hohe Stimmanteile in den überproportional jungen Distrikten. Die Korrelation mit dem sozioökonomischen Index schlug hier ins Negative um (2014, 756-763). Es scheint allerdings verfrüht, Ennahda auf Grundlage dieser Ergebnisse als „catch-all“-Partei zu bezeichnen (Redissi 2014, 364). In Anbetracht der Tatsache, dass die Parlamentswahlen 2014 von rund 80% der 18-25-jährigen boykottiert wurden, scheint keine Partei dieses Attribut zu verdienen. Offensichtlich fühlt sich die Jugend vor dem Hintergrund der nach wie vor ungelösten ökonomischen Probleme des Landes durch keine Partei repräsentiert (Boukhars 2015, 19f.).

Auch in Hinsicht auf die soziale und elektorale Basis ist es schwierig bereits jetzt längerfristige Entwicklungen auszumachen. Zusammenfassend zeigt sich, dass Ennahda sich nicht zwangsläufig der Unterstützung durch sozioökonomisch schwache Teile der Bevölkerung sicher sein kann. Ennahda-Wähler scheinen vor allem der ländlichen, religiös-konservativen Mittelschicht anzugehören. Der so häufig mit Islamisten assoziierte Graswurzel-Aktivismus geht in Tunesien inzwischen mehrheitlich von salafistischen Gruppierungen aus. Sie kontrollieren mehrere Hundert der rund 5000 Moscheen in Tunesien und sind besonders in den Armenvierteln der Großstädte aktiv. Dort setzen sie religiöse Dresscodes durch und attackieren Bars, die Alkohol ausschenken, verteilen aber auch Almosen und bieten einfache Jobs an (Boukhars 2015, 15f.; Wolf 2013, 568-570; Merone 2015, 83-86).

3.3.3. Organisatorische Kapazitäten

In diesem Punkt kann Ennahda darauf aufbauen, dass ihre organisatorischen Strukturen bereits seit Jahrzehnten bestehen. Selbst in Zeiten der Repression standen die Moscheen als Rückzugsort zur Verfügung. Auch den Empfang von Fernsehsendern aus den Golfstaaten konnte das Regime nicht verhindern. Auf diese Weise gelangte die islamistische Ideologie auf direktem Wege zu ihren Adressaten. Säkulare Parteien hatten es folglich schwieriger sich unter den autokratischen Regimen zu organisieren. Auch dies könnte ein Grund für ihre Fokussierung auf einen charismatischen Anführer sein, während Ennahda als intern stärker demokratisiert und diszipliniert gilt. Ein Indikator hierfür sind die höheren Anwesenheitsraten von Ennahda-Abgeordneten in der Verfassungsgebenden Versammlung (Wolf 2014, 16, 19; Van Hamme/Gana/Ben Rebbah 2014, 764).

Wie weit Ennahdas Parteiorganisation in selbst entlegene Gebiete hineinreicht, demonstrieren qualitative Interviews aus dem Gouvernement Zaghuan. In abgelegenen Orten wählten 2011 nahezu alle Bürger eines Wahlkreises Ennahda. Vor dem Regimesturz hatten Großgrundbesitzer aus Tunis über Netzwerke der Konstitutionellen Demokratischen Sammlung (RCD), der Partei Ben Alis, mit lokalen Honoratioren Kontakt gehalten. Im Zuge des Arabischen Frühlings füllten Ennahda-Aktivisten das Vakuum. Insbesondere die religiösen Bezüge und der moralische Diskurs der Partei seien gut angekommen. Überhaupt schien Ennahda – abgesehen von der RCD – die einzige bekannte Partei zu sein (Van Hamme/Gana/Ben Rebbah 2014, 764f.).

Allerdings entziehen sich auch ganze Segmente der Bevölkerung dem Einfluss der Ennahda. Hierzu gehören in Tunesien vor allem die Fabrikarbeiter, die sich über die säkulare „Union Générale Tunisienne du Travail“ (UGTT) organisieren. Darüber hinaus hat die Partei einen geringen Einfluss auf die Medienlandschaft, die von verschiedenen säkularen Kräften dominiert wird. Insbesondere die Zeitungen verstehen sich dabei als einflussreiche politische Akteure. Zu guter Letzt hat Nidaa Tounes starken Zulauf von ehemaligen RCD-Politikern erhalten. Das bietet ihr die Chance alte RCD-Netzwerke und Strukturen wiederzubeleben, könnte in Zukunft aber auch viele Wählerstimmen kosten (Wolf 2014, 13-16).

3.4. Untersuchungsleitende Hypothesen

Fasst man die Erkenntnisse aus dem theoretischen Teil dieser Untersuchung zusammen, so müssen folgende Punkte herausgestellt werden: Die Komplexität der Entscheidungssituation für tunesische Wähler spricht dafür, dass ein großer Bedarf an Heuristiken zur Formulierung des Wahlentscheids besteht. Hierbei können sich Wähler wahrscheinlich kaum auf ausdifferenzierte Parteistereotype verlassen. Orientierung bietet vielmehr die ideologische Konfliktlinie „säkular vs. islamistisch“, die sich größtenteils mit der Konfliktlinie „modernistisch vs. konservativ“ deckt und obendrein die historische Auseinandersetzung zweier Mittelschichten abbildet.

Die „good governance“ These von Cammett und Luong (2014), die aussagt, dass Islamisten einen politischen Vorteil generieren könnten, weil sie einen Ruf hätten, kompetent und integer zu sein, erscheint im tunesischen Kontext nur teilweise plausibel. Einerseits kommuniziert Ennahda mit ihrer Ideologie religiös legitimierte, konservative Werte und kann sich rühmen stets in Opposition zum alten Regime gestanden zu haben. Das könnte ihren Kandidaten den Ruf verschaffen, integer zu sein. Andererseits stellt sich die Frage, wie lange Wähler einer Partei Kompetenz zuschreiben, wenn diese keine Lösungen für die ökonomischen und sicherheitspolitischen Probleme des Landes findet. Die Auswirkung dieses kritischen Punktes der „good governance“ These wird die Operationalisierung der abhängigen Variable bis zu einem gewissen Grad reduzieren. Deshalb soll die folgende Hypothese getestet werden:

H1: Sind für einen muslimischen Befragten die Kompetenz und die Integrität eines politischen Kandidaten wichtig, hat das einen positiven Effekt auf die Präferenz für eine islamistische Partei.

Die Erkenntnisse von Pepinsky, Liddle und Mujani (2012) deuten allerdings darauf hin, dass islamistische Parteilabels erst dann einen politischen Vorteil ermöglichen, wenn Wählern nur unzureichende Informationen über die tatsächlichen Politiken von Parteien zur Verfügung stehen. Hierbei ist zu erwarten, dass sich der Effekt in besonderem Maße bei hohen Graden an Religiosität bemerkbar macht (McLaughlin/Wise 2014). Die zweite Hypothese lautet demnach:

H2: Ist ein muslimischer Befragter religiös und verfügt dieser über eine unzureichende Kenntnis hinsichtlich der Politiken von Parteien, hat das einen positiven Effekt auf die Präferenz für eine islamistische Partei.

4. Daten, Konzeption und Methode der empirischen Analyse

Für die empirische Analyse braucht es einen Datensatz, der eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt: Es muss eine Stichprobe enthalten sein, die einen Rückschluss auf die Grundgesamtheit der tunesischen Wahlberechtigten zulässt. Alle für die Operationalisierung der Hypothesen benötigten Merkmale müssen abgefragt worden sein. Die Zahl der untersuchten Fälle sollte ausreichen, um ein multivariates Modell berechnen zu können. Dem Wissen des Autors nach, ist das Arab Barometer Survey der einzige öffentlich zur Verfügung stehende Datensatz, der diese Kriterien erfüllt. Nach einer Einführung in diesen Datensatz wird die Operationalisierung der Hypothesen diskutiert. Hiervon ausgehend wird erläutert, wie die Effekte der berücksichtigten Merkmale auf die Parteipräferenz gemessen werden sollen.

4.1. Einführung in den Datensatz: Arab Barometer Survey Welle 3

Das Arab Barometer Survey entstand im Jahr 2005 durch eine Kooperation von Forschern der Universitäten Michigan und Princeton sowie Universitäten und Forschungszentren in der arabischen Welt. Hierbei wurde die Entwicklung des Surveys mit den übrigen Regionalbarometern des Global Barometer Project abgestimmt. Sie alle haben den Anspruch für bestimmte Regionen der Welt, Daten über politisch-relevante Einstellungen von Bürgern zu erheben, die statistisch reliabel sind. Daten aus dem Arab Barometer wurden bereits für Artikel genutzt, die in Fachzeitschriften wie der Comparative Political Studies, Foreign Affairs oder dem Journal of Democracy erschienen sind (Arab Barometer 2015).

Die dritte Welle des Arab Barometers ist mit Daten aus zwölf Ländern die bislang umfangreichste. In Tunesien fand die Datenerhebung im Februar 2013 statt, wobei 1199 Fälle mit einem Mindestalter von 18 Jahren erhoben wurden. Dazu wurden standardisierte Fragebögen genutzt. Die Antworten der Befragten wurden von geschulten Interviewern durch „face-to-face“ Gespräche auf tunesischem Arabisch ermittelt. Das komplexe Strichprobendesign baut auf einer mehrstufigen Zufallsstichprobe auf und verbindet sowohl Verfahren für geschichtete Stichproben als auch für Klumpenstichproben. Bei der Nutzung dieser Verfahren unterscheiden

sich die Auswahlchancen der Fälle der Grundgesamtheit, in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Deshalb wurden die Fälle entsprechend ihrer Auswahlchance gewichtet. Zudem wurde eine Nachgewichtung („post-stratification“) hinsichtlich Alter und Geschlecht vorgenommen, das heißt die Stichprobenverteilung wurde in diesen Punkten an die bekannte Verteilung der Grundgesamtheit angepasst (Arab Barometer 2014b).

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Angaben stellen alle zum Zeitpunkt der Erhebung in Tunesien lebende Muslime⁶ mit einem Alter von mindestens 18 Jahren, die Grundgesamtheit dar, auf die ausgehend von der Stichprobe zurückgeschlossen werden soll.

4.2. Operationalisierung des Messmodells

Im Folgenden soll erläutert werden, welche Variablen in das Messmodell einfließen, inwieweit diese Variablen eine valide Messung versprechen und bei welchen Variablen aus welchen Gründen Recodierungen vorgenommen werden. Die vollständigen Wortlaute der Fragen und Antwortmöglichkeiten, sowie Codierungen und Recodierungen lassen sich stets dem Anhang entnehmen. Zunächst soll auf die abhängige Variable des Modells eingegangen werden: die Präferenz für eine islamistische beziehungsweise nicht-islamistische Partei. Sie lässt sich mit den Daten des Arab Barometer auf zwei Arten und Weisen operationalisieren.

Bei Variable Q503 sollten Befragte angeben, welche tatsächlich existierende Partei am ehesten ihren politischen, sozialen und ökonomischen Erwartungen entspricht. Um hieraus eine dichotome abhängige Variable mit den Kategorien „islamistische Partei“/„nicht-islamistische Partei“ zu konstruieren, müssten lediglich die beobachteten Parteien einer der beiden Kategorien zugeordnet werden. Diese Operationalisierung böte den Vorteil, dass die Effekte der unabhängigen Variablen auf den hypothetischen Wahlentscheid für real existierende Parteien untersucht werden könnten. Doch gibt es statistische und inhaltliche Argumente gegen diese Form der Operationalisierung.

⁶ Obwohl in Tunesien auch Anhänger religiöser Minderheiten leben, zeigt eine Ausgabe der Häufigkeiten für die Religion der Befragten (Q1012), dass sich alle Fälle der Stichprobe zum Islam bekennen (Arab Barometer 2014b).

Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, dass keine der Parteien ihre Erwartungen erfüllt. Die Zahl der ins das Modell einbezogenen Fälle würde sich dadurch halbieren. Erstens würde das bedeuten, dass bei vielstufigen Variablen manche Kategorien nur sehr schwach besetzt sein könnten, was es erschwert, aussagekräftige und signifikante Effekte beobachten zu können. Zweitens würden bei geringen Fallzahlen und vielen unabhängigen Variablen womöglich die Anwendungsvoraussetzungen bestimmter regressionsanalytischer Verfahren nicht erfüllt werden.

Inhaltlich spricht die Formulierung der Fragestellung gegen diese Operationalisierung. Es soll untersucht werden, welche Faktoren *unabhängig von den konkreten Politiken der Parteien*, auf die Präferenz für oder gegen eine islamistische Partei einwirken. Hierzu muss sichergestellt werden, dass die Beurteilungen der Politiken und der Performanz der Parteien durch die Wähler so wenig wie möglich den fiktiven Wahlentscheid der Befragten beeinflussen können. Denn es sind die historisch-gewachsenen, langfristigen Assoziationen der Wähler mit islamistischen Bewegungen und Parteien, auf die sich das Argument des politischen Vorteils stützt.

Entsprechend der Methode von Pepinsky, Liddle und Mujani (2012) sollte daher versucht werden, bei der Operationalisierung der abhängigen Variable auf Nennungen konkreter Parteien zu verzichten und die Frage nach der Parteipräferenz unmittelbar auf die zu untersuchenden Kategorien „islamistisch“ und „nicht-islamistisch“ auszurichten. Die bessere Alternative scheint daher die Variable Q605a darzustellen. Die Befragten sollten hierbei entscheiden, welchem der folgenden Sätze sie zustimmen:

„I prefer a religious political party over a non-religious political party.“

„I prefer a non-religious political party over a religious political party.“

Dass in der Fragestellung auf das Parteilabel „islamistisch“ verzichtet wird, ist einerseits vorteilhaft. Wie in Kapitel 3.2. dargelegt, könnte vor allem in Tunesien die Kategorisierung einer Partei als „islamistisch“ abschreckend wirken, selbst wenn Befragte die Präferenzen dieser Partei teilen. Andererseits ist der Verzicht auf das Parteilabel problematisch. Denn es lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob das Label „religious political party“ eindeutig genug ist, um in den verschiedenen diskutierten Formen als „Cue“ für die Eigenschaften islamistischer Parteien und Kandidaten zu

fungieren. Dann wiederum gibt es neben Ennahda keine Partei, die ebenfalls als „religious political party“ klassifiziert werden könnte, deren ideologische Ausrichtung aber nicht islamistisch sind. Denn auch die 2012 wieder legalisierte *Hizb ut-Tahrir* ist islamistisch ausgerichtet. Bei den noch jungen Splitterparteien *Rahma*, *Asala* und *Jabhat al-Islah* finden sich zudem salafistische Elemente, doch nur die wenigsten Tunesier dürften diese Parteien überhaupt kennen (ICG 2013b, 21-24). Dementsprechend dürften Tunesier keinen Unterschied zwischen religiösen und islamistischen Parteien machen. Insgesamt überwiegen bei dieser Operationalisierung also die Vorteile. Allerdings wird eine Recodierung vorgenommen. Befragte, die dem ersten Satz zustimmen oder stark zustimmen, erhalten den Wert 1, Befragte, die dem zweiten Satz zustimmen oder stark zustimmen, den Wert 0. Alle anderen Werte werden als fehlend betrachtet. Die daraus resultierende dichotome Natur der abhängigen Variable spiegelt die Intention der Fragestellung am besten wieder.

Für die Operationalisierung der ersten Hypothese kann auf den Variablenkomplex Q520 zurückgegriffen werden. Hierbei wurden Befragte gebeten, sieben verschiedene Charakteristika von politischen Kandidaten entsprechend ihrer Wichtigkeit zu sortieren. Das bedeutet, dass jedes Charakteristikum prinzipiell im Intervall [1;7] variieren kann, jedoch nie zwei oder mehrere Charakteristika den gleichen Wert annehmen können. Unter den abgefragten Eigenschaften findet sich auch das Konzept „Integrity“ (Q520.6). Kompetenz stellt hingegen keines der unmittelbar abgefragten Konzepte dar. In Anbetracht der Ambiguität des Begriffs wäre die Aussagekraft womöglich ohnehin gering. Zwei weitere Merkmale scheinen zumindest Teildimensionen des Konzepts zu erfassen. So zielt „Previous political experience“ (Q520.1) auf durch Erfahrung gewonnene Kompetenz ab. Sollte diese Variable einen positiven Effekt auf den Wahlentscheid für eine islamistische Partei haben, spräche das dafür, dass Befragte auch die politische Erfahrung derer als solche anerkennen, die aufgrund der autokratischen Regime von der offiziellen politischen Sphäre ausgeschlossen waren. „Hard work and extensive effort“ (Q520.3) rückt hingegen stärker in den Vordergrund, was ein politischer Kandidat aufgrund seiner Arbeitsmoral für die Gemeinschaft erreichen kann. Alle drei Variablen werden getrennt in das Modell einfließen und zuvor in binäre Variablen recodiert. Auf diesen Umstand wird in Kapitel 4.3. näher eingegangen.

Hinsichtlich der Operationalisierung der Variablen der zweiten Hypothese stellt sich die Frage, inwieweit bereits die abhängige Variable die experimentelle Bedingung von Pepinsky, Liddle und Mujani (2012) repliziert. Schließlich werden nur die zwei Parteilabels bereitgestellt („religious political party“/„non-religious political party“), das heißt die Befragten sehen sich mit einer Situation konfrontiert, in der sie über unzureichende Informationen über die tatsächlichen Politiken der Parteien verfügen. Vor diesem Hintergrund wäre es für H2 bereits ausreichend zu ermitteln, welchen Einfluss die Religiosität eines Befragten auf die Parteipräferenz hat. Diese kann durch die dreistufigen Variable Q609 gemessen werden, bei der Befragte hinsichtlich ihrer Religiosität eine Selbsteinstufung vorzunehmen hatten.

Diese Operationalisierung wird aber zugunsten einer weiteren Ausdifferenzierung der experimentellen Bedingung von Pepinsky, Liddle und Mujani (2012) verworfen. Denn in der Realität ist der Fall, dass Wählern ohne Eigenverschulden, etwa aufgrund fehlender Parteiprogramme, keine programmatischen Informationen zur Verfügung stehen, eher selten anzutreffen. Häufiger ist der Fall, dass Wählern diese Informationen aus Eigenverschulden nicht zur Verfügung stehen, weil sie politisch desinteressiert sind. Das politische Interesse der Befragten kann mithilfe der vierstufigen Variable Q404 gemessen werden. Dementsprechend lässt sich eine Interaktionsvariable bilden, die ermittelt, welchen Effekt hohe Grade an Religiosität bei geringem politischen Interesse – und damit eigenverschuldeter Unkenntnis von Parteipositionen – auf den fiktiven Wahlentscheid haben. Zur Untersuchung des Interaktionseffekts kann ein vereinfachtes Verfahren genutzt werden. Fälle, die sich als religiös (Werte 1 und 2) eingestuft haben und gleichzeitig geringe Werte politischen Interesses aufweisen (Werte > 1) werden mit dem Wert „1“ codiert. Allen anderen Fälle wird der Wert 0 zugewiesen.

Zu beachten ist, dass die exogenen Merkmale „Religiosität“ (Q609) und „Politisches Interesse“ (Q404) unter Einschluss der Interaktionsvariable nur noch konditionale Effekte haben. Als Kontrollvariablen werden zudem das Alter (Q1001), das Geschlecht (Q1002), das monatliche Einkommen (Q1014) und der Bildungsgrad (Q1003t) sowie der Wohnort des Befragten, differenziert nach Stadt/Land (Q13), berücksichtigt. Von diesen Merkmalen wird allein von der Stadt/Land-Variable erwartet, dass sie signifikante Effekte produziert. In Anbetracht der historisch begründeten Unterstützung von Islamisten durch eine ländliche, religiös-konservative

Mittelschicht, sollte ein ländlicher Wohnort einen signifikanten positiven Effekt auf den Wahlentscheid für eine religiöse Partei haben.

4.3. Messmethode des Modells

Zur Messung der Effekte der verschiedenen Prädiktoren soll eine binär logistische Regressionsanalyse durchgeführt werden. Die logistische Regression baut auf der linearen Regression auf. Im Gegensatz zu dieser ermöglicht die logistische Regression aber auch die Aufnahme von dichotomen abhängigen Variablen, um „ein Regressionsmodell zu entwickeln, das die abhängige Variable in einem möglichst hohen Ausmaß statistisch erklärt, und [um] den gerichteten Einfluss der einzelnen unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable zu quantifizieren“ (Diaz-Bone 2013, 236).

Anders als die lineare Regression, bei der die Ausprägungen einer metrisch-skalierten abhängigen Variable (Y) für einen Fall i geschätzt werden, geht es bei der logistischen Regression darum zu ermitteln, ob ein Fall i für Y den Wert 0 oder 1 annimmt. Um dennoch „eine Schätzgleichung aufzustellen, die es erlaubt, die Stärke des Einflusses der unabhängigen Variablen zu modellieren, also kontinuierliche Veränderungen abzubilden“ (Fromm 2005, 6), sind mehrere Transformationsschritte nötig. Zunächst einmal wird nicht länger die Ausprägung von Y für einen Fall i betrachtet, sondern die Wahrscheinlichkeit dafür, dass Y für einen Fall i den Wert 1 annimmt. Über die Bildung der Odds und das anschließende Logarithmieren, variiert die eigentlich binäre abhängige Variable nunmehr im selben Intervall $[-\infty; +\infty]$ wie die metrisch-skalierte abhängige Variable einer linearen Regression. Die auf diese Weise transformierte Variable wird Logit genannt (Diaz-Bone 2013, 236-239).

Hieraus folgt allerdings auch, dass die Logitkoeffizienten, die Regressionskoeffizienten der logistischen Regression, nicht anschaulich interpretiert werden können. So gibt der Logitkoeffizient b_1 „die (durchschnittliche) lineare Veränderung des Logit an, wenn die unabhängige Variable um eine Einheit zunimmt“ (Diaz-Bone 2013, 241). Aufschlussreich ist nur das Vorzeichen und damit die Richtung des Effekts des Prädiktors. Intuitiver ist die Interpretation des sogenannten Effektkoeffizienten. Dieser delogarithmiert den Logit und gibt die multiplikative Veränderung der Odds um den Faktor e^{b_1} an, wenn der Wert der unabhängigen Variable X um eine Einheit zunimmt (ebd.).

Die Berechnung der Logitkoeffizienten erfolgt über die sogenannte Maximum-Likelihood-Methode. Die Likelihood stellt „die gemeinsame Auftretschance der vorliegenden Kombination der y_i -Werte für alle Fälle dar“ (ebd., 246). Die Logitkoeffizienten werden daher solange schrittweise verändert, bis sie die bestmögliche Anpassung an die beobachteten gemeinsamen Auftretschancen gewährleisten. Wird die Likelihood logarithmiert und mit (-2) multipliziert, erhält man die sogenannte Devianz, die asymptotisch χ^2 -verteilt ist und sich als Grundlage für Prüfungen der Modellgüte nutzen lässt. Einen globalen Anpassungstest stellt der Likelihood-Ratio-Test dar, der als Prüfgröße die Differenz der Devianz des Nullmodells, des Modells ohne Prädiktoren, und der Devianz des Alternativmodells, des Modells mit Prädiktoren, verwendet. Auf diese Weise lässt sich ermitteln, ob der Einschluss der unabhängigen Variablen eine signifikante Anpassungsverbesserung ermöglicht. Hierbei ist zu beachten, dass eine sehr ungleiche Besetzung der Kategorien der abhängigen Variable das Ergebnis vorteilhaft beeinflusst. Der Likelihood-Ratio-Test erfüllt seinen Zweck vor allem bei „stepwise“-Modellen, weil hier für die Aufnahme einer jeden unabhängigen Variable die Anpassungsverbesserung vergleichend betrachtet werden kann. Ein Maß für die relative Anpassungsverbesserung des berechneten Modells gegenüber dem Nullmodell bietet McFadden's Pseudo- R^2 . Es basiert ebenfalls auf der Differenz der Devianzen, die zusätzlich durch die Devianz des Nullmodells geteilt wird (Diaz-Bone 2013, 243-248, 253; Fromm 2005, 12).

Die Anwendungsvoraussetzungen der logistischen Regression sind weniger umfangreich als die der linearen Regression. Die unabhängigen Variablen sollten binär oder metrisch skaliert sind. Kategoriale Variablen müssen in eine Serie von Dummy-Variablen zerlegt werden. Da es das Ziel ist, für die kategorialen Variablen des vorliegenden Modells (Religiosität, politisches Interesse, Bildung) einen Extremgruppenvergleich vorzunehmen, wird die erste oder letzte Kategorie als Referenzkategorie festgelegt, je nachdem welche stärker besetzt ist. Hierin liegt auch die Recodierung der kategorialen Variablen von H1 begründet. Die niedrigen Kategorien sind teilweise sehr schwach besetzt, sodass ein Extremgruppenvergleich keine aussagekräftigen Ergebnisse verspricht. Auch ist die Maximum-Likelihood-Methode störanfällig gegenüber gering besetzten Kategorien. Die Trennung der Werte erfolgte oberhalb (Q520.1/Q520.6) beziehungsweise unter Einschluss (Q520.3) des Medians, sodass bei allen drei Variablen die Kategorien annähernd gleich stark besetzt

sind. Insofern als die Ausprägungen der Q520-Variablen sich gegenseitig bedingen, ist es unumgänglich, dass eine gewisse Korrelation zwischen ihnen vorliegt. Eine starke Multikollinearität sollte allerdings vermieden werden, da sie die Schätzungen verzerren kann und sich negativ auf die Größe der Standardfehler auswirkt. Des Weiteren sollte bei einer hohen Anzahl von unabhängigen Variablen die Stichprobe mehrere hundert Fälle umfassen. Außerdem sollten die Kategorien der abhängigen Variable nicht extrem ungleich besetzt sein (Fromm 2005, 5f.; Diaz-Bone 2013, 236).

5. Ergebnisse der empirischen Analyse

5.1. Deskriptive Statistiken und Überprüfung der Anwendungsvoraussetzungen

Tabelle 1 **Deskriptive Statistiken**

Variable	Mittelw.	Median	Min.	Max.	S.D.
Parteipräferenz	0,699	1	0	1	0,459
Prev. political experience	0,499	0	0	1	0,500
Hard work and extensive effort	0,505	1	0	1	0,500
Integrity	0,488	0	0	1	0,500
Religiosität x Pol. Interesse	0,438	0	0	1	0,496
Religiosität	1,221	1	0	2	0,677
Politisches Interesse	1,557	2	0	3	1,019
Alter	43,637	42	18	87	15,830
Geschlecht	0,500	1	0	1	0,500
Monatliches Einkommen	235,479	50	0	3000	347,882
Bildungsgrad	2,973	3	1	6	1,447
Stadt/Land	0,350	0	0	1	0,477

Anmerkung: Minimal- und Maximalwerte sind beobachtete Werte. Da alle Kategorien der binären und ordinalen Variablen besetzt sind, stellen sie für diese Variablen zugleich die theoretisch möglichen Minimal- und Maximalwerte dar. „Alter“ kann theoretisch im Intervall $[18; +\infty]$ und „Monatliches Einkommen“ im Intervall $[0; +\infty]$ variieren. Für kategoriale Variablen dürfen Mittelwert und Standardabweichung strenggenommen nicht berechnet werden. Sie geben aber dennoch – insbesondere im Fall der binären Variablen – einen gewissen Einblick in die Verteilung.

Bei der Betrachtung der Verteilungen sticht vor allem die abhängige Variable „Parteipräferenz“ ins Auge. Rund 70% der Befragten bevorzugen eine religiöse Partei gegenüber einer nicht-religiösen Partei. Dieser Wert unterscheidet sich deutlich von den Werten für die Variable Q503, bei der Befragte angeben sollten, welche politische Partei am ehesten ihren Erwartungen entspricht. Betrachtet man alle jene Fälle, die keine Parteipräferenz angegeben haben als fehlend und berechnet man das kumulierte Ergebnis aller religiösen Parteien, so erhält man hier nur einen Wert von 47,5%. Tatsächlich spricht diese Differenz für die Güte der Operationalisierung der

abhängigen Variable. Offenbar rufen die Befragten nicht ihre Informationen über die tatsächlichen Politiken der ihnen bekannten religiösen Parteien ab. Vielmehr scheinen sie ihre Präferenz für eine religiöse beziehungsweise nicht-religiöse allein am Label „religious political party“ festzumachen, das unter den Befragten offenbar als „Cue“ fungiert, der mehrheitlich positive Evaluierungen triggert.

Hinsichtlich der Variablen zu den drei Kandidateneigenschaften zeigt sich, dass ihre binäre Codierung die Stichprobe in zwei ähnlich große Gruppen trennt, denen die jeweiligen Charakteristika relativ zur anderen Gruppe wichtig beziehungsweise unwichtig sind. Die Verteilung der Interaktionsvariable (Religiosität x Politisches Interesse) lässt erkennen, dass etwas weniger als die Hälfte der Befragten als religiös und politisch desinteressiert eingestuft werden. In Bezug auf die Religiosität der untersuchten Fälle lassen die Häufigkeiten (nicht angegeben) erkennen, dass nur rund 14% der Befragten sich selbst als nicht religiös eingestuft haben. Die am stärksten besetzte Kategorie ist die mittlere („somewhat religious“). Hinsichtlich des politischen Interesses verteilt sich die Stichprobe relativ gleichmäßig über die vier Kategorien. Was die Stadt/Land- und Geschlechterverteilung angeht, so stimmt die Stichprobe annähernd mit bekannten Werten der Grundgesamtheit überein. Das Medianalter ist naturgemäß höher als in der Grundgesamtheit, da unter 18-Jährige von vornherein ausgeschlossen wurden (UN 2014, 200; CIA 2015). Was den Bildungsgrad betrifft, so zeigt sich, dass die meisten Befragten entweder eine Grundschulausbildung erhielten, oder den sekundären Bildungsbereich vollständig durchlaufen haben.

Die Schiefe der Verteilung der abhängigen Variable spielt auch vor dem Hintergrund der Anwendungsvoraussetzungen der logistischen Regression eine Rolle. Sie könnte das Ergebnis von Gütetests vorteilhaft beeinflussen. Gleichzeitig ist die Besetzung der Kategorien nicht derartig extrem – etwa 5% zu 95% der Fälle –, dass die logistische Regressionsanalyse keine aussagekräftigen Ergebnisse produzieren kann (Diaz-Bone 2013, 236). Zudem weisen beide Kategorien mehrere hundert Fälle auf, was die Aufnahme auch mehrerer Prädiktoren in das Modell unproblematisch erscheinen lässt. In Bezug auf das Gebot geringer Multikollinearität⁷ bestätigt sich die Annahme, dass die Variablen „Previous political experience“, „Hard work and extensive effort“ und „Integrity“ miteinander korrelieren. Die Werte gehen allerdings nicht über einen

⁷ Im weiteren Verlauf ausgewiesene Werte können der vollständigen Korrelationsmatrix im Anhang entnommen werden.

mittleren Zusammenhang hinaus. Naturgemäß korreliert die Interaktionsvariable sehr stark mit den Variablen „Religiosität“ und „Politisches Interesse“, wobei maximal Werte von 0,82 erreicht werden. Der Standardfehler des Logitkoeffizienten könnte daher sehr groß sein und der Interaktionseffekt gängige Signifikanzniveaus verfehlen. Eine Lösung würde die Mittelwertzentrierung der Haupteffekte darstellen, die sich aber ohne eine sinnvolle Berechnung der Mittelwerte nicht realisieren lässt. Darüber hinaus zeigt sich auch zwischen der ersten Stufe von Religiosität („not religious“) und den beiden ersten Stufen des politischen Interesses („very interested“/„interested“) eine starke positive Korrelation (0,55). Andere, schwache Korrelationen können mit der sozio-demographischen Struktur der Stichprobe erklärt werden. Die teilweise vorhandene Multikollinearität ist nicht unproblematisch und muss dementsprechend bei der Interpretation der Effekte berücksichtigt werden.

5.2. Test der Hypothesen

Damit eine Hypothese als bestätigt gilt, muss sie folgende Voraussetzungen erfüllen: Alle zur Operationalisierung der Hypothese herangezogenen Merkmale üben Effekte auf die Parteipräferenz aus, die signifikant sind und die erwartete Richtung aufweisen. Als signifikant gilt der Einfluss einer Variable dann, wenn die Irrtumswahrscheinlichkeit unter $p < 0,05$ liegt.

Die drei Variablen zu den Eigenschaften politischer Kandidaten weisen alle signifikante Effekte auf, die aufgrund derselben Skalierung der Variablen auch miteinander verglichen werden können. Wechselt die Variable „Previous political experience“ von der Kategorie „unwichtig“ zur Kategorie „wichtig“, verringern sich die Odds der abhängigen Variable um den Faktor 0,55. Das bedeutet, die Wahrscheinlichkeit, eine religiöse Partei einer nicht-religiösen Partei vorzuziehen, nimmt ab. Der Effekt ist höchstsignifikant. Weniger stark ist der ebenfalls negative und signifikante Effekt des Merkmals „Integrity“. Die Odds verringern sich bei einem Kategoriewechsel um den Faktor 0,69, wodurch auch die Wahrscheinlichkeit für die Präferenz einer religiösen Partei abnimmt. Einen positiven Effekt, der ähnlich stark und signifikant ist, weist lediglich die Variable „Hard work/extensive effort“ auf. Die Odds erhöhen sich bei einem Kategoriewechsel von „unwichtig“ zu „wichtig“ um den Faktor 1,44. Die Wahrscheinlichkeit der Präferenz für eine religiöse Partei nimmt also zu. Zusammenfassend betrachtet muss H1 aber verworfen werden. Auch H2 lässt sich nicht bestätigen. Die Interaktionsvariable („Religiosität x Pol. Interesse“) weist zwar

das erwartete Vorzeichen auf, ihr Effekt verfehlt allerdings auch das geringste Signifikanzniveau.

Tabelle 2 Effekte der unabhängigen Variablen auf die Parteipräferenz

Variable	B	S.E.	Exp (B)
Konstante	0,642	0,648	1,900
Prev. political experience	- 0,597***	0,168	0,550
Hard work and extensive effort	0,362*	0,166	1,436
Integrity	- 0,371*	0,169	0,690
Religiosität x Pol. Interesse	0,445	0,399	1,560
Religiosität („religious“)			
Religiosität („not religious“)	- 0,969**	0,320	0,379
Religiosität („somewhat religious“)	- 0,233	0,179	0,792
Pol. Interesse („not interested“)			
Pol. Interesse („very interested“)	0,277	0,419	1,320
Pol. Interesse („interested“)	0,320	0,392	1,377
Pol. Interesse („slightly interested“)	0,336	0,227	1,400
Alter	- 0,008	0,006	0,993
Geschlecht	0,072	0,175	1,075
Monatliches Einkommen	0,000	0,000	1,000
Stadt/Land	0,480**	0,177	1,617
Bildungsgrad („No formal edu.“)			
Bildungsgrad („Elementary“)	- 0,008	0,270	0,992
Bildungsgrad („Preparatory/Basic“)	- 0,658*	0,334	0,518
Bildungsgrad („Secondary“)	- 0,183	0,301	0,832
Bildungsgrad („BA“)	- 0,552	0,350	0,576
Bildungsgrad („MA or above“)	- 0,726	0,464	0,484
Modell Chi ² (18 df)		91,862***	
-2 Log-Likelihood (Devianz)		998,685	
McFadden's Pseudo-R ²		0,099	
Anteil der richtig klassifizierten Werte		70,9%	
N		883	

* p < 0,05 ** p < 0,01 *** p < 0,001

Anmerkung: Bei den Regressionskoeffizienten handelt es sich um Logitkoeffizienten.

Die Effekte der an der Interaktionsvariable beteiligten exogenen Merkmale müssen als konditionale Effekte interpretiert werden. Das bedeutet die Variablen „Religiosität“ und „Politisches Interesse“ erfassen die Effekte unter der Bedingung, dass die jeweils

andere Variable den Wert 0 annimmt. Für die Variable „Religiosität“ ergibt sich demnach, dass unter der Bedingung, dass „politisches Interesse“ gleich Null („very interested“) ist, der Wechsel von der Referenzkategorie („religious“) zur niedrigsten Kategorie („not religious“) einen sehr signifikanten, negativen Effekt auf die Wahrscheinlichkeit für die Präferenz einer religiösen Partei ausübt. Für die Variable „Politisches Interesse“ ergeben sich hingegen keine signifikanten Effekte.

Auch die Kontrollvariablen Alter, Geschlecht und Einkommen weisen keine (signifikanten) Einflüsse auf. Ein überraschend starker Prädiktor ist hingegen „Stadt/Land“. Die Odds der Parteipräferenz verändern sich um den Faktor 1,62 bei einem Kategoriewechsel von „Stadt“ zu „Land“. Der positive Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der Wahl einer religiösen Partei ist sehr signifikant. Zu guter Letzt hat auch der Bildungsgrad eine geringe Aussagekraft. Gegenüber der Referenzkategorie („No formal education“) verringert das Äquivalent zu einem deutschen Haupt- oder Realschulabschluss die Wahrscheinlichkeit der Präferenz einer religiösen Partei in signifikanter Weise. Insgesamt lässt sich die Tendenz erkennen, dass womöglich höhere Bildungsgrade mit weniger großen Wahrscheinlichkeiten der Wahl einer religiösen Partei einhergehen.

5.3. Überprüfung der Modellgüte

Die Klassifikationstabelle (nicht angegeben) zeigt, dass insgesamt 70,9% der Befragten richtig klassifiziert wurden. Die Anpassungsleistung des Regressionsmodells unterscheidet sich dabei relativ stark hinsichtlich der beiden Kategorien. Für die Kategorie „nicht-religiöse Partei“ macht das Modell in 22,4% der Fälle richtige Vorhersagen, für die Kategorie „religiöse Partei“ in 92,5% der Fälle. Das Ergebnis des Likelihood-Ratio-Test zeigt, dass die Anpassungsverbesserung des Regressionsmodells höchstsignifikant ist. Die Hypothese, dass die Prädiktoren keinen Einfluss auf die abhängige Variable ausüben, muss zugunsten der Hypothese, dass die Prädiktoren einen Einfluss auf die abhängige Variable ausüben, verworfen werden. McFadden's Pseudo- R^2 , ein Maß für die relative Anpassungsverbesserung des Prädiktorenmodells gegenüber dem Nullmodell, zeigt einen Wert von rund 0,1. Die Anpassungsverbesserung liegt damit im mittleren Bereich, denn bereits Werte von 0,2 gelten als sehr gute Anpassungsleistung (Diaz-Bone 2013, 251). Insgesamt ist die Güte des Regressionsmodells also ausreichend, um es als aussagekräftig zu erachten.

6. Diskussion und Ausblick

Fasst man die Ergebnisse der empirischen Analyse zusammen, so zeigt sich, dass in Tunesien ein politischer Vorteil für islamistische Parteien besteht, dass dieser aber auch an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Nur unter der Bedingung, dass den Befragten neben dem Parteilabel „religious political party“ keine weiteren Informationen bereitstanden, bevorzugte eine deutliche Mehrheit der Befragten (70%) eine islamistische Partei gegenüber einer nicht-islamistischen Partei (Q605a). Konnten Befragte hingegen auf Basis ihres vollständigen, individuellen politischen Wissens entscheiden, welche Partei ihnen am vorteilhaftesten erscheint, präferierte nur eine Minderheit der Befragten (47,5%) eine islamistische Partei (Q503). Die Differenz der Werte deutet darauf hin, dass die Frage ob eine Partei islamistisch oder säkular ist, eine nachgeordnete Rolle in der Formierung des Wahlentscheids spielt. Mit anderen Worten: Erst wenn zwei oder mehrere Parteien einem tunesischen Wähler hinsichtlich einer Reihe von Entscheidungskriterien ähnlich vorteilhaft erscheinen, tritt die Frage nach der ideologischen Ausrichtung in den Vordergrund, wobei islamistische Parteien durchschnittlich häufiger säkularen Parteien bevorzugt werden. Das spricht für die These von Pepinsky, Liddle und Mujani (2012), dass unter der Bedingung von Ungewissheit über die tatsächlichen Politiken von Parteien eine islamistische Ideologie als „Cue“ fungiert, der unter den Wählern mehrheitlich positive Evaluierungen triggert. Worüber dieser die Wähler konkret informiert beziehungsweise in welchen Teilen der Bevölkerung der „Cue“ Unterstützung generiert, zeigen die Ergebnisse der logistischen Regressionsanalyse.

Überraschend sind vor allem die unterschiedlich gerichteten Effekte der Variablen zur Operationalisierung von H1, die aus diesen Gründen abgelehnt werden muss. Der signifikante negative Effekt der ersten Teildimension von Kompetenz deutet darauf hin, dass Befragte politische Vorerfahrung stärker mit jenen Parteien assoziieren, deren Kandidaten bereits zur Zeit der Diktatur politische Ämter inne hatten und die nationalstaatliche Politik auf legalem Wege beeinflusst haben. Ist die politische Vorerfahrung einem Befragten wichtig, erhöht dies demnach die Wahrscheinlichkeit für die Präferenz einer säkularen Partei.

Der signifikante positive Effekt der zweiten Teildimension von Kompetenz lässt sich womöglich damit erklären, dass harte Arbeit ein Konzept darstellt, das einen hohen Stellenwert im Islam genießt. Das verdeutlicht auch das nach wie vor gültige

Zinsverbot im islamischen Finanzwesen (Nienhaus 2010, 84, 92-96). Auf diese Weise könnte diese Eigenschaft vor allem religiöse Befragte angesprochen haben, bei denen angesichts des konditionalen Effekts der Religiosität auf die Parteipräferenz zumindest tendenziell davon auszugehen ist, dass sie islamistische Parteien bevorzugen. Das Konzept „Harte Arbeit“ könnte daher im Verständnis von McLaughlin und Wise (2014) einen „subtle Cue“ für religiöse Wähler darstellen.

Schwieriger zu erklären ist dagegen der signifikante negative Effekt des Werts Integrität. Möglicherweise liegt hier ein Problem der Operationalisierung vor. So wäre denkbar, dass Befragte mit einer Präferenz für eine islamistische Partei durchschnittlich häufiger den Wert „Piety“ als wichtig erachteten, sodass „Integrity“ zwangsläufig als weniger wichtig eingestuft werden musste. Die „good governance“-These von Cammett und Luong (2014) sollte also nicht zwangsläufig als widerlegt gelten. Vielmehr ist der hohe Verallgemeinerungsgrad der These kritikwürdig. Bereits die inhaltliche Überprüfung der Annahmen in Kapitel 3.3. hat gezeigt, dass die Autoren die unterschiedlichen Entwicklungslinien und Unterstützungsmuster von islamistischen Parteien in verschiedenen politischen Systemen nur unzureichend erfassen können. Entsprechend abstrakt und mehrdeutig sind ihre Konzepte. So lässt das Konzept „Kompetenz“ eine Fülle von Operationalisierungen zu, die unterschiedlichste Effekte generieren können.

Auch die zweite Hypothese muss verworfen werden. Politisches Desinteresse – das heißt eine eigenverschuldete Unkenntnis über die programmatische Ausrichtung von Parteien – bei hohen Graden von Religiosität hat keinen signifikanten Effekt auf die Parteipräferenz. Ursächlich hierfür ist mathematisch betrachtet der hohe Standardfehler, der möglicherweise aus der starken Korrelation der Interaktionsvariable mit den exogenen Merkmalen „Religiosität“ und „politisches Interesse“ resultiert. Ohne die Lösung des Problems durch eine Mittelwertzentrierung, müsste eine weiterführende Untersuchung nach Möglichkeiten suchen, die Religiosität und das politische Interesse eines Befragten über Indices zu messen.

Eindeutig zu interpretieren ist der signifikante positive Effekt eines ländlichen Wohnorts, auf die Wahrscheinlichkeit eine islamistische Partei zu präferieren. Der starke Einfluss des „Stadt/Land“ Prädiktors stützt die These von Pargeter (2009) und Merone (2015), dass tunesische Islamisten in den ländlichen Regionen des südlichen

Binnenlandes eine große Unterstützung generieren können. Es ist wahrscheinlich, dass hierbei neben dem islamistischen Parteilabel weitere „Cues“ genutzt werden, die in der empirischen Analyse nicht erfasst werden konnten. So stellte sich Moncef Marzouki bei den Präsidentschaftswahlen 2014 als Bewahrer des Erbes von Ben Youssef dar, dem Konkurrenten des säkularen Nationenbildungsprojekts des späteren Diktators Bourguiba (Boukhars 2015, 9). Das deutet darauf hin, dass auch in Tunesien politische Akteure Botschaften aussenden könnten, die allein für eine bestimmte Gruppe innerhalb der Bevölkerung einen „Cue“ darstellen, der zu einer stärkeren Unterstützung der Akteure führt (vgl. Calfano/Djupe 2009).

Zusammenfassend betrachtet kann die eingangs gestellte Leitfrage also bestätigt werden: es existieren Faktoren, die die Präferenz eines Wählers, unabhängig von den konkreten Politiken einer Partei, dahingehend beeinflussen, dass dieser eine islamistische Partei gegenüber einer nicht-islamistischen Partei bevorzugt. Diese Faktoren deuten darauf hin, dass ein islamistisches Parteilabel als Cue fungiert, der womöglich auf der Kommunikation religiös-inspirierter Konzepte aufbaut und obendrein die Unterstützung eines historisch mit Islamisten verbundenen Teils der Bevölkerung sichert. Inwieweit daraus in Wahlen ein politischer Vorteil islamistischer Parteien resultiert, hängt aber zusätzlich davon ab, welche Priorität die ideologische Ausrichtung der Partei bei der Formierung des Wahlentscheids hat.

Dieser letzte Punkt verdeutlicht bereits, welche Fragen in dieser Arbeit unbeantwortet bleiben. So ist unklar, inwieweit die Relevanz der ideologischen Ausrichtung für den Wahlentscheid variiert. Die Wahlergebnisse der Ennahda lassen zumindest vermuten, dass die dominanten Themen der Wahl hierauf einen Einfluss haben. So rückten die Wahlen von 2011 noch Themen wie die nationale Identität, die Rolle der Religion in der Gesellschaft und den Bruch mit dem alten Regime in den Mittelpunkt (Wolf 2014, 6). Bei diesen Wahlen wurde Ennahda stärkste Kraft. Die Parlamentswahlen von 2014 hingegen wurden von wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Themen geprägt und gingen mit hohen Stimmverlusten für Ennahda einher. Angesichts der schwachen Performanz der Ennahda und ihrer Regierungspartner spielte die ideologische Ausrichtung bei diesen Wahlen wohl nur eine nachgeordnete Rolle (Anderson 2014, 6f.).

Offen bleibt zudem, inwiefern die Ergebnisse auf andere nationale Kontexte und Akteure übertragen werden können. Kapitel 3.3. hat in vielerlei Hinsicht die Alleinstellungsmerkmale des tunesischen Islamismus herausgestellt, weshalb es unangebracht scheint, eine Verallgemeinerung über Tunesien hinaus vorzunehmen. Mit der graduellen Mäßigung der Ennahda hat sich in Tunesien zudem ein ideologisches Vakuum aufgetan, was verstärkt von salafistischen Bewegungen ausgefüllt wird, die eine Partizipation in der legalen politischen Sphäre des tunesischen Nationalstaats weitestgehend ablehnen. Auf die Frage, wie diese Bewegungen Unterstützung generieren, kann diese Arbeit ebenso wenig eine Antwort geben.

Sicher scheint hingegen, dass sowohl die Forschung als auch politische Entscheidungsträger von einer intensiveren Beschäftigung mit dem politischen Vorteil islamistischer Parteien profitieren könnten. Für die politische Verhaltensforschung bietet dieses Untersuchungsfeld die Möglichkeit zu testen, welchen Stellenwert politische Heuristiken bei der Formierung des Wahlentscheids in Ländern haben, die über keine demokratische Vorerfahrung verfügen. Vor allem aber stellt der politische Vorteil islamistischer Parteien ein neues Phänomen dar, das die Bedeutung der bisher nur gering erforschten religiös-politischen „Cues“ unterstreicht. Was die Islamismusforschung betrifft, so zeigt sich, dass sie von einer Ausweitung ihres Analysefokus profitieren könnte. Anstatt allein die ideologische Entwicklung von Bewegungen und Parteien zu untersuchen, wäre es vorteilhaft auch die Wahrnehmung der Bevölkerung über diese ideologischen Positionen verstärkt in den Blick zu nehmen. Für politische Entscheidungsträger ergibt sich die Konsequenz, dass das Argument des politischen Vorteils keinen Grund für die Unterstützung säkularer autokratischer Regime darstellen sollte. Das Beispiel der tunesischen Ennahda und stärker noch das Beispiel der türkischen AKP zeigen deutlich, dass nur eine Mäßigung der ideologischen Positionen und das Verfolgen pragmatischer Wirtschafts-, Sicherheits- und Außenpolitiken eine Situation erschaffen kann, in der islamistische Parteien langfristig von ihrem politischen Vorteil profitieren können (Gidengil/Karakoc 2014). Die Religion erfüllt dann auch weiterhin eine wichtige Funktion, dient aber stärker der Legitimation des politischen Programms und fungiert als identitätsstiftendes Element – ähnlich wie bei Europas Christdemokraten (Ozzano 2013, 811-814).

Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur

- Allani, Alaya. 2009. „The Islamists in Tunisia between confrontation and participation: 1980-2008.“ *The Journal of North African Studies* 14, 2: 257-272.
- Anderson, Ashley. 2014. „The 2014 Tunisian Election: More than a Secular-Islamist Divide.“ *Centerpiece* 19, 1: 6-7, 16.
- Arab Barometer. 2015. „Arab Democracy Barometer, in Partnership with the Arab Reform Initiative.“ Zuletzt abgerufen am 3.8.2015: <http://www.arabbarometer.org/introduction>.
- Ayoob, Mohammed. 2004. „Political Islam: image and reality.“ *World Policy Journal* 21, 3: 1-14.
- Ayoob, Mohammed. 2005. „The Future of Political Islam: The Importance of External Variables.“ *International Affairs* 81, 5: 951-961.
- Bermeo, Nancy. 1992. „Democracy and the lessons of dictatorship.“ *Comparative Politics* 24: 273-291.
- Boukhars, Anouar. 2015. *The Reckoning: Tunisia's Perilous Path to Democratic Stability*. Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Bustos, R. 2011. „Election Report: TUNISIA/Constituent Assembly Elections 23 October 2011.“ *OPEMAM Analysis*, 27 Nov.: Zuletzt abgerufen am 3.8.15: <http://www.opemam.org/publicaciones/20?language=en>.
- Brown, Nathan J., Amr Hamzawy und Marina Ottaway. 2006. „Islamist Movements and the Democratic Process in the Arab World: Exploring the Gray Zones.“ *Carnegie Papers* 67: 1-19.
- Calfano, Brian R. und Paul A. Djupe. 2009. „God Talk: Religious Cues and Electoral Support.“ *Political Research Quarterly* 62, 2: 329-339.
- Cammett, Melani und Pauline J. Luong. 2014. „Is There an Islamist Political Advantage?“ *Annual Review of Political Sciences* 17: 187-206.
- Cavatorta, Francesco und Fabio Merone. 2013. „Moderation through exclusion? The journey of the Tunisian Ennahda from fundamentalist to conservative party.“ *Democratization* 20, 5: 857-875.
- Cavatorta, Francesco und Fabio Merone. 2015. „Post-Islamism, ideological evolution and ‘la tunisianité’ of the Tunisian Islamist party al-Nahda.“ *Journal of Political Ideologies* 20, 1: 27-42.
- Central Intelligence Agency. 2015. „Tunisia.“ *The World Factbook*. Zuletzt abgerufen am 3.8.15: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ts.html>.
- Denoeux, Guilain. 2002. „The Forgotten Swamp: Navigating Political Islam.“ *Middle East Policy* 9, 2: 56-81.
- Diaz-Bone, Rainer. 2013. *Statistik für Soziologen*. München u. Konstanz: UKV.

- „Editorial: From Arab Spring to Islamist Winter. Lack of U.S. leadership enables radicalization in the Middle East.“ *The Washington Times*, 25.10.11. Zuletzt abgerufen am 3.8.15:
<http://www.washingtontimes.com/news/2011/oct/25/from-arab-spring-to-islamist-winter/>.
- Esposito, John L. und Dalia Mogahed. 2007. *Who Speaks for Islam? What a Billion Muslims Really Think*. New York, NY: Gallup Press.
- Fromm, Sabine. 2005. „Binäre logistische Regressionsanalyse. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler mit SPSS für Windows.“ *Bamberger Beiträge zur empirischen Sozialforschung* 11: 5-35.
- Guazzone, Laura. 2013. „Ennahda Islamists and the Test of Government in Tunisia.“ *The International Spectator: Italian Journal of International Affairs* 48, 4: 30-50.
- Güllalp, Haldun. 2001. „Globalization and political Islam: The social basis of Turkey’s welfare party.“ *International Journal of Middle East Studies* 33, 3: 433-448.
- Gümüşçü, Sebnem. 2010. „Class, status, and party: the changing face of political Islam in Turkey and Egypt.“ *Comparative Political Studies* 43, 7: 835-861.
- Gidengil, Elisabeth und Ekrem Karakoc. 2014. „Which matters more in the electoral success of Islamist (successor) parties – religion or performance? The Turkish case.“ *Party Politics*: 1-14.
- Hamid, Shadi. 2011. „The Rise of the Islamists: How Islamists Will Change Politics, and Vice Versa.“ *Foreign Affairs* 90, 3: 40-47.
- International Crisis Group. 2013a. „Marching in Circles: Egypt’s Dangerous Second Transition.“ *Middle East/North Africa Briefing* 35: 1-19.
- International Crisis Group. 2013b. „Tunisia: Violence and the Salafi Challenge.“ *Middle East/North Africa Report* 137: 1-53.
- Instance Supérieure Indépendante Pour Les Élections. 2014. „Rapport de l’ISIE pour les Élections 2014.“ Zuletzt abgerufen am 3.8.15:
<http://www.isie.tn/wp-content/uploads/2015/04/rapport-isie-2014.pdf>.
- Lau, Richard R. und David P. Redlawsk. 2001. "Advantages and Disadvantages of Cognitive Heuristics in Political Decision Making." *American Journal of Political Science* 45, 4: 951-71.
- Lau, Richard R. und David P. Redlawsk. 2006. *How Voters Decide: Information Processing during Election Campaigns*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Lau, Richard R. und David O. Sears. 1986. „Social Cognition and Political Cognition: The Past, the Present, and the Future.“ *Political Cognition: The 19th Annual Carnegie Symposium on Cognition*, hrsg. v. dens. Hillsdale, NJ: Erlbaum Associates, 347-366.
- Halimi, Serge. 2011. „Kompassnadel der Revolution.“ *Le Monde Diplomatique*, 14.10.2011. Zuletzt abgerufen am 3.8.15: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/10/14.mondeText1.artikel,a0057.idx,19>.
- McLaughlin, Brian und David Wise. 2014. „Cueing god: Religious cues and voter support.“ *Politics and Religion* 7, 2: 366-394.

- Merone, Fabio. 2015. „Enduring class struggle in Tunisia: The fight for identity beyond political Islam.“ *British Journal of Middle Eastern Studies* 42, 1: 74-87.
- „Morocco’s election: Yet another Islamist victory.“ *The Economist*, 3.12.2011. Zuletzt abgerufen am 3.8.15: <http://www.economist.com/node/21541058>.
- Münch, Peter. 2012. „Bollwerk gegen den islamistischen Winter.“ *Süddeutsche Zeitung*, 26.6.12. Zuletzt abgerufen am 3.8.15: <http://www.sueddeutsche.de/politik/beziehungen-zwischen-aegypten-und-israel-bollwerk-gegen-den-islamistischen-winter-1.1393429>
- Neumann, Peter R. 2013. „The trouble with radicalization.“ *International Affairs* 89, 4: 873-803.
- Nienhaus, Volker, 2010. „Grundzüge einer islamischen Wirtschaftsordnung im Vergleich zur sozialen Marktwirtschaft: Ein systematischer Überblick.“ *KAS Auslandsinformationen* 11, 2010: 80-102.
- Ozzano, Luca. 2013. “The Many Faces of the Political God: A Typology of Religiously Oriented Parties.” *Democratization* 20, 5: 807–830.
- Pargeter, Alison. 2009. „Localism and Radicalization in North Africa: Local Factors and the Development of Political Islam in Morocco, Tunisia and Libya.“ *International Affairs* 85, 5: 1031-1044.
- Pepinsky, Thomas B., R. William Liddle und Saiful Mujani. 2012. „Testing Islam’s Political Advantage: Evidence from Indonesia.“ *American Journal of Political Science* 56, 3: 584-600.
- Popkin, Samuel L. 1991. *The reasoning voter: communication and persuasion in presidential campaigns*. Chicago, IL u.a.: University of Chicago Press.
- Rahn, Wendy M. 1993. "The Role of Partisan Stereotypes in Information Processing about Political Candidates." *American Journal of Political Science* 37, 2: 472-96.
- Redissi, Hamadi. 2014. „The decline of political Islam’s legitimacy: The Tunisian case.“ *Philosophy and Social Criticism* 40, 4-5: 381-390.
- Robinson, Glenn E. 1997. „Can Islamists be democrats? The case of Jordan.“ *Middle East Journal* 51: 373-387.
- Roy, Olivier. 2012. „Islamic revival and democracy: The case in Tunisia and Egypt.“ *Arab Society in Revolt: The West’s Mediterranean Challenge*, hg. v. dems. und Cesare Merlini. Washington, D.C.: Brookings Institution, 47-52.
- Sadowski, Yahya. 2006. „Political Islam: Asking the wrong questions?“ *Annual Review of Political Science* 9, 1: 215-240.
- Schwedler, J. 2006. *Faith in moderation: Islamist parties in Jordan and Yemen*. New York, NY: Cambridge Univ. Press.
- Steinvorth, Daniel. 2012. „Islamists vs. Secularists: The Post-Revolution Struggle for the Arab Soul.“ *Der Spiegel*, 4.12.12. Zuletzt abgerufen am 3.8.15: <http://www.spiegel.de/international/world/islamists-and-secular-society-battle-for-freedoms-after-arab-spring-a-870652.html>.

- „Towards a new European Neighbourhood Policy: the EU launches a consultation on the future of its relations with neighbouring countries.“ *Europäische Kommission*, 4.3.15. Zuletzt abgerufen am 3.8.15: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4548_en.htm.
- United Nations. 2014. *World Statistics Pocketbook 2014 edition*. New York, NY: United Nations Publications.
- Van Hamme, G., Gana, A. und M. Ben Rebbah. 2014. „Social and socio-territorial electoral base of political parties in post-revolutionary Tunisia.“ *Journal of North African Studies* 18, 5: 751-769.
- Volpi, F. und E. Stein. 2015. „Islamism and the state after the Arab uprisings: Between people power and state power.“ *Democratization* 22, 2: 275-293.
- Wickham, C. 2004. „The path to moderation: Strategy and learning in the formation of the Egypt’s Wasat Party.“ *Comparative Politics* 32: 205-228.
- Wolf, Anne. 2013. „An Islamist ‘renaissance’? Religion and politics in post-revolutionary Tunisia.“ *Journal of North African Studies* 18, 4: 560-573.
- Wolf, Anne. 2014. *Can Secular Parties Lead the New Tunisia?* Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Woltering, Robert A. F. L. 2002. „The roots of Islamist popularity.“ *Third World Quarterly* 23, 6: 1133-1143.

Quellen

- Arab Barometer. 2014a. *Codebook: Arab Barometer Wave III 2012-2014*. Zuletzt abgerufen am 3.8.2015: http://www.arabbarometer.org/sites/default/files/code_book/Arab%20Barometer%20Wave%20Three%20Codebook.pdf.
- Arab Barometer. 2014b. *Wave III Spss-Data file*. Zuletzt abgerufen am 3.8.15: <http://www.arabbarometer.org/instruments-and-data-files>.

Anhang

Anhang 1: Variablen, Codierungen und Recodierungen

Alle ursprünglichen Fragestellungen und Codierungen entstammen dem Arab Barometer Datensatz Welle 3 und dem dazu gehörigen Codebuch.

Q13	Urban/Rural	1 Urban 2 Rural	
	Recodierung	1 → 0 2 → 0	
Q404	In general, to what extent are you interested in politics?	0 Missing 1 Very interested. 2 Interested. 3 Slightly interested. 4 Not interested 8 I don't know (Do not read). 9 Declined to answer (Do not read).	
	Recodierung	0 / 8 / 9 → Missing 1 → 0 2 → 1 3 → 2 4 → 3	
Q520	Arrange the following characteristics in order of their importance for a person to be qualified for political leadership in the country. Read the phrases.		
	Characteristic	Importance	Make sure that each characteristic is placed in order from the highest to the lowest
	1 Previous political experience. 2 Openness to political ideas. 3 Hard work and extensive effort. 4 The ability to speak publicly and communicate with people. 5 Integrity. 6 Piety. 7 Clan Background.		98 I don't know. (Do not read) 99 Declined to answer. (Do not read)
	Recodierung		98-99 → Missing
		Werte für "Previous political experience."	1-5 → 0 6-7 → 1
		Werte für "Hard work and extensive effort."	1-4 → 0 5-7 → 1
		Werte für "Integrity."	1-5 → 0 6-7 → 1
Q605a	Which of the following sentences is the closest to your point of view? Choose sentence 1 or sentence 2 [Note to researcher: Confirm the strength of the respondent's view: Do you agree or do you strongly agree?]		
	The 1 st sentence: I prefer a religious political party over a non-religious political party		The 2 nd sentence: I prefer a non-religious political party over a religious political party.
	I strongly agree with the 1st sentence 1	I agree with the 1st sentence 2	I agree with the 2nd sentence 3
	I don't agree with either sentence (Do not read)		4
	I don't know (Do not read)		5
	Declined to answer (Do not read)		8
			9

	Recodierung	1 / 2 → 1. 3 / 4 → 0. 5 / 8 / 9 → Missing
Q609	Generally speaking, would you describe yourself as...(Read):	0 Missing 1 Religious. 2 Somewhat religious. 3 Not religious. 9 Declined to answer (Do not read).
	Recodierung	0 / 9 → Missing 1 → 2 2 → 1 3 → 0
Q1001	Age	... (Freifeld) 0 Missing 9999 Refuse
Q1002	Gender	1 Male 2 Female
	Recodierung	1 → 0 2 → 1
Q1003t	Level of education:	0 Missing 1 Illiterate/No formal education 2 Elementary 3 Preparatory/Basic 4 Secondary 5 BA 6 MA and above 99 Declined to Answer
	Recodierung	0 / 99 → Missing
Q1014	(Income including all wages, salaries and rent allowances)	... (Freifeld) 9999994 No income. 9999995 I do not remember. 9999996 Not specified. 9999998 Don't know. 9999999 Refuse.
	Recodierung	9999994 → 0. 9999995-9999999 → Missing
Rself x Polint		1 IF Rself > 0 AND Polint > 1 Missing → 0

Anhang 2: Korrelationsmatrix

Korrelationsmatrix

	Konstante	Polexp	Hard work	Inte- grity	Relself - Polint	Relself (1)	Relself (2)	Polint (1)	Polint (2)	Polint (3)	Age	Gender	Income_ Monthly	Edu. (1)	Edu. (2)	Edu. (3)	Edu. (4)	Edu. (5)	Urban_ Rural
Konstante	1,000	-,191	-,145	-,180	-,545	-,576	-,205	-,541	-,577	-,224	-,577	-,313	,034	-,408	-,486	-,529	-,489	-,332	-,248
Polexp	-,191	1,000	,252	,330	-,031	,005	-,010	-,061	-,064	-,053	-,038	-,036	-,012	-,016	-,008	-,002	-,012	-,011	-,008
Hard work	-,145	,252	1,000	,279	-,024	-,100	-,075	-,003	-,005	,018	-,034	-,024	-,033	-,016	-,008	-,002	-,042	-,082	-,027
Integrity	-,180	,330	,279	1,000	-,011	,015	-,019	-,024	-,054	-,029	-,011	,018	-,023	,009	-,005	,002	-,037	-,024	-,104
Relself_Polint	-,545	-,031	-,024	-,011	1,000	,659	-,014	,800	-,012	,021	-,038	,030	,003	-,057	-,005	-,004	,011	,011	,033
Relself(1)	-,576	,005	-,100	,015	,659	1,000	,351	,548	-,012	,003	-,016	,213	,066	-,001	-,048	-,043	,031	,042	,023
Relself(2)	-,205	-,010	-,075	-,019	-,014	,351	1,000	-,007	-,012	-,015	-,013	,029	,009	,002	-,048	-,043	-,029	,042	,029
Polint(1)	-,541	-,061	-,003	-,024	,800	,548	-,007	1,000	-,012	-,015	-,016	,060	,009	-,058	-,022	-,001	-,048	,005	,027
Polint(2)	-,577	-,064	-,005	-,054	,820	,548	-,012	,851	1,000	-,016	-,016	,060	,009	-,040	-,012	-,001	-,048	,005	,057
Polint(3)	-,224	-,053	,018	-,029	,021	,003	-,015	,341	,363	1,000	-,007	,053	,003	,013	,006	,006	,011	,051	,004
Age	-,577	,004	-,034	-,011	-,038	,136	-,054	,363	1,000	-,007	1,000	,093	-,248	,249	,441	,471	,484	,306	,144
Gender	-,313	,024	-,034	,018	,030	,030	-,038	,030	,030	1,000	1,000	,096	,294	,100	,136	,128	,054	,054	,096
Income_ Monthly	,034	-,019	-,023	-,023	,003	,066	-,016	,066	-,016	-,0248	1,000	-,092	1,000	-,092	-,140	-,237	-,286	-,043	-,043
Edu.(1)	-,408	,016	-,016	,009	-,057	-,001	,002	-,040	,013	,249	1,000	-,092	1,000	,622	,698	,626	,461	,150	,150
Edu.(2)	-,486	-,038	-,012	-,008	-,005	,023	,004	,015	,022	,420	,622	1,000	1,000	,666	,619	,445	,445	,156	,156
Edu.(3)	-,529	,036	-,002	,002	-,004	,044	,019	-,048	-,012	,441	,666	1,000	1,000	,700	,700	,511	,511	,232	,232
Edu.(4)	-,489	-,012	-,042	-,037	,011	,031	-,048	-,029	-,001	,011	,471	,619	,700	1,000	,484	,484	,111	,111	,111
Edu.(5)	-,332	-,011	-,082	-,024	,011	,042	-,048	-,029	-,001	,051	,306	,445	,511	,484	1,000	1,111	1,111	1,111	1,111
Urban_ Rural	-,248	-,008	-,027	-,104	,033	,023	,029	,057	,027	,004	,144	,096	-,043	,150	,156	,232	,211	,111	1,000

